

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien

58. Sitzung
10. September 2025

Beginn: 09.06 Uhr
Schluss: 12.31 Uhr
Vorsitz: Andreas Otto (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag von **Sven Meyer** (SPD), Punkt 4 der Tagesordnung vorzuziehen.

Weiteres siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung (vorgezogen)

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2627

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2026 und 2027
(Haushaltsgesetz 2026/2027 – HG 26/27)**

[0211](#)
BuEuMe
Haupt(f)

Hier: Einzelplan 03 Kapitel 0300, 0309 und 0350
(Vorab überwiesen gemäß § 32 Abs. 4 GO Abghs)

– 1. Lesung –

Vorsitzender Andreas Otto weist darauf hin, dass die vorab eingereichten Fragen und Berichtsansträge der Fraktionen in einer Synopse zusammengefasst worden seien, an der sich die Beratung orientieren werde. Diese sei auf der Homepage des Abgeordnetenhauses unter diesem Ausschuss abrufbar. Zusätzliche Fragen und Berichtsansträge seien an der entsprechenden Stelle einzubringen und im Laufe der Sitzung schriftlich nachzureichen. Das Nachliefern der

genauen Formulierungen von in der Sitzung entstandenen Fragestellungen sei bis zum morgigen Tag, 12.00 Uhr, möglich. Kapitel oder Titel, zu denen es keinen Redebedarf gebe oder bei denen Fragen sofort beantwortet würden, seien erledigt und würden in der zweiten Lesung nicht mehr aufgerufen. In der zweiten Lesung würden nur die Titel aufgerufen, die zurückgestellt worden seien, zu denen ein Berichtsauftrag beschlossen worden sei oder zu denen Fraktionen Änderungsanträge schriftlich eingereicht hätten. Personaltitel sowie Stellenpläne der Einzelpläne würden in den entsprechenden Unterausschüssen des Hauptausschusses beraten; Er verweise auf die beschlossenen Verfahrensregeln für die Haushaltsberatungen in der 56. Sitzung am 25. Juni 2025 und stelle Einvernehmen des Ausschusses fest, die Generalaussprache in der zweiten Lesung durchzuführen. Gleichwohl habe der Regierende Bürgermeister Gelegenheit für eine einleitende Stellungnahme.

Regierender Bürgermeister Kai Wegner (RBm - Skzl) führt aus, der Einzelplan 03 sei zwar kein großer Einzelplan, jedoch für die Strahlkraft und Anziehungskraft Berlins von großer Bedeutung. Hervorzuheben sei, dass im Ausschuss seit Jahren parteiübergreifend gut zusammengearbeitet werde, was nicht immer der Fall sei und ein positives Signal für die Demokratie darstelle. Gleichwohl seien jedoch die haushaltspolitischen Herausforderungen groß. Umso wichtiger erscheine, dass es gelungen sei, beim Einzelplan 03 Kontinuität zu wahren, was auch durch bundespolitische Möglichkeiten erleichtert worden sei. In den Verhandlungen mit dem Bund über die Verteilung und Verwendung des Sondervermögens hätten die Länder Verbesserungen erreicht, etwa durch eine Anpassung der Kriterien und den Wegfall der Zusatzlichkeit. Zudem seien die Verwendungsbereiche erweitert worden, sodass neben Sport und Kultur auch Sicherheit, Wasserwirtschaft und Wohnungsbau integriert werden könnten. Der Bund werde Entlastungen im Rahmen des neuen steuerlichen Investitionsprogramms übernehmen, was belege, wie bedeutsam die Zusammenarbeit der Länder sei, insbesondere in der Ministerpräsidentenkonferenz, die für Berlin von entscheidender Bedeutung sei. Wichtig sei auch die Rolle der ostdeutschen Ministerpräsidentenkonferenz, deren Vorsitz Berlin ab 1. Dezember 2025 bis zum 30. November 2026 übernehmen werde. Die geplante Hauptkonferenz im März, an der unter anderem der Bundeskanzler und die neue Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland Elisabeth Kaiser teilnähmen, solle wichtige Themen für Ostdeutschland und damit auch für Berlin behandeln. Eine solche Konferenz bringe hohe Anforderungen und Kosten mit sich, die im Haushalt abgebildet worden seien. Er danke insbesondere dem Chef der Senatskanzlei Florian Graf und Staatssekretär Florian Hauer für ihre Arbeit in Bundesrats- und Bundeskontexten. Die gute Zusammenarbeit mit Brandenburg sei für die Entwicklung der Hauptstadtregion entscheidend. Berlin dürfe nicht isoliert betrachtet werden, sondern müsse in engem Verbund mit Brandenburg gedacht werden. Diese Partnerschaft sei beispielgebend und werde auch von anderen Regionen wahrgenommen. Eine gemeinsame Kabinettsitzung am 4. November 2025 solle dies erneut unterstreichen. Die Interessenvertretung Berlins auf Bundesebene sei ein wesentlicher Faktor für die Strahl- und Anziehungskraft der Stadt.

Um Berlin weiterhin „zum Leuchten zu bringen“ spiele die Film- und Gamesbranche eine zentrale Rolle. Das laufende Jahr sei für die deutsche Filmwirtschaft zwar durch Kostensteigerungen und eine immer noch fehlende international konkurrenzfähige Bundesförderung schwierig gewesen, dennoch habe Berlin als führender Filmstandort Deutschlands künstlerische wie wirtschaftliche Erfolge erzielen können. Die Zahl von rund 5 000 Drehtagen im Jahr 2024 bleibe auf hohem Niveau; es werde dafür gesorgt, dass dieses Niveau bestehen bleibe. Das Medienboard habe im vergangenen Jahr Filme mit einem Gesamtbudget von 37,5

Millionen Euro fördern können, die in der Region Berlin-Brandenburg Ausgaben von 149 Millionen Euro ausgelöst hätten. Damit könne sich Berlin als Filmstadt sehen lassen. Der Haushaltsansatz sichere die Fördermöglichkeiten des Medienboards im Bereich Film und Games trotz angespannter Haushaltslage auf stabilem Niveau mit einem leichten Plus, was ein Signal der Berechenbarkeit und Verlässlichkeit an Produzenten darstelle. Auch die neue Lot-senstelle für Drehgenehmigungen, angesiedelt beim Medienboard, habe erste Erfolge gebracht und könne durch effizientere Verfahren Dreharbeiten erleichtern. Durch die gemeinsame Verwaltungsreform, getragen durch das Parlament, seien weitere Verbesserungen zu erwarten. Zudem sei die institutionelle Förderung der 1988 in Berlin gegründete Europäischen Filmakademie durch die Senatskanzlei seit 2023 von großer Bedeutung, da sie als größtes Netzwerk europäischer Filmschaffender die Verbreitung des europäischen Films unterstütze. Der Europäische Filmpreis neben der Berlinale gehöre zu den wichtigsten Höhepunkten im Kalender der Filmbranche in Berlin. Das Land Berlin bekenne sich klar zum Kulturgut Kino. Durch die Einführung der Berliner Kinoförderung auch in der aktuellen Haushaltsperiode, habe das Medienboard im vergangenen Jahr die Kinovielfalt mit insgesamt 2,3 Millionen fördern können. Eine Million Euro davon sei in den Kinoprogrammpreis des Medienboards geflossen. Darüber hinaus sei auch der Gamesbereich von wachsender Bedeutung. Rund 20 Prozent aller deutschen Gamesunternehmen und Beschäftigten seien in Berlin-Brandenburg ansässig und würden einen Umsatz von etwa 446 Millionen Euro jährlich generieren. Das Medienboard entwickle daher seine Gamesförderung kontinuierlich weiter. Ein besonderer Erfolg sei die Ansiedlung des „House of Games“ in Berlin, für das die Senatskanzlei 4,6 Millionen Euro in den Jahren 2024 und 2025 bereitgestellt habe. Die Nachfrage nach diesem Standort sei seit der Bekanntgabe sehr hoch, was auf eine positive Entwicklung der Branche hinweise.

Ferner spiele auch der Rundfunk im Haushalt eine wichtige Rolle. Nach den Vertrauensverlusten durch die frühere Führungsriege des rbb müsse es nun Aufgabe des Senders sein, Vertrauen zurückzugewinnen und einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu sichern. Die Zurückweisung der Beschwerde gegen den rbb-Staatsvertrag durch das Bundesverfassungsgericht sei dabei als notwendiges Signal bewertet worden. Es sei im gemeinsamen Interesse, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk Vertrauen genieße.

Berlin sei nicht nur Hauptstadt Deutschlands, sondern auch eine bedeutende europäische Metropole. Mit der beschlossenen Europastrategie wolle das Land seine Interessen und Positionen auf europäischer Ebene besser vertreten. Dafür solle die Arbeit des Berliner Büros sowie die Interessenvertretung des Landes Berlin in Brüssel sowie die Öffentlichkeitsarbeit und Förderung von Europaengagement sowie europäischer Werte weiter gestärkt werden. Ab 1. Juli 2027 werde Berlin zudem den Vorsitz der Europaministerkonferenz für ein Jahr übernehmen, was als wichtige Chance gesehen werde, die Rolle Berlins als europäische Metropole zu unterstreichen.

Auch die Städtepartnerschaften seien ein zentrales Thema. So werde das Jahr 2026 im Zeichen zahlreicher deutsch-polnischer Jubiläen stehen, darunter 35 Jahre Städtepartnerschaft Berlin-Warschau und 35 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag. Hervorzuheben sei auch die Bedeutung des Gedenkort für Polen im Tiergarten. Die Städtepartnerschaft mit Istanbul sei von Beginn an durch einen vielfältigen Austausch, kulturelle Projekte, wirtschaftliche Zusammenarbeit und der großen türkischen Community in Berlin geprägt gewesen. Die Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Istanbul müsse genutzt werden, um stärkere Brücken zwischen Berlin und Istanbul, damit auch zwischen der Türkei und Deutschland zu bauen.

Diese Brücken seien ein wenig brüchiger geworden; die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Türkei sei schon mal besser gewesen. Berlin könne hier eine Vorreiterrolle einnehmen, um diese Beziehung wieder zu verbessern. Er habe sich damals sehr über den Besuch von Ekrem İmamoğlu im November 2024 gefreut habe; es habe oft auch telefonischen Austausch gegeben. Durch die Festnahme İmamoğlus sei das Verhältnis sehr angespannt, weshalb er eine Reise nach Istanbul abgesagt habe, sie aber nachholen wolle, sobald Ekrem İmamoğlu freigelassen werde. Gegenüber dem türkischen Botschafter habe er betont, dass Berlin als Stadt der Freiheit die Entwicklungen in der Türkei aufmerksam verfolgen werde und erwarte, dass inhaftierte Politikerinnen und Politiker faire Prozesse erhielten und schnellstmöglich freikämen.

Auch die Städtepartnerschaft mit Kiew sei dem Senat wichtig, erste Erfolge wie das Prothesenzentrum seien bereits sichtbar geworden. Die Solidarität Berlins mit der Ukraine bleibe ungebrochen. Berlin als Stadt der Freiheit stehe weiterhin fest an der Seite Kiews. Er freue sich ferner weiterhin sehr über die am 5. Mai 2025 mit Tel Aviv geschlossene Städtepartnerschaft, da beide Städte für Freiheit, Innovation, Start-ups und Technologien sowie Vielfalt stünden. Solche Partnerschaften seien vor allem dann wirksam, wenn Menschen sich austauschten, Freundschaften entstünden und so Hass und Hetze erschwert würden. Besonders der Austausch junger Menschen sei dabei entscheidend.

Berlin solle auch weiterhin seine Strahlkraft und Anziehungskraft entfalten. Der Entwurf des Einzelplans 03 trage dem Rechnung. Er danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ausschussektariats sowie der Senatskanzlei, die sich gewohnt engagiert und professionell den Berichtsauftritt der Parlamentarier widmeten. Nun liege es an den Parlamentariern, den Einzelplan so zu gestalten, dass Berlin die Strahl- und Anziehungskraft erhalten und eine Stadt der Freiheit, Vielfalt und Toleranz bleibe.

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE) bringt vor, es handele sich um einen der intransparentesten Haushalte, die sie je gesehen habe mit nicht erläuterten Kosten, fehlenden Erläuterungen. Sie bitte um nähere Erläuterung zum Ablauf, wenn sich das Medienboard um die zentrale Drehgenehmigungsstelle kümmern solle.

Sven Meyer (SPD) wendet ein, er könne die Intransparenz nicht nachvollziehen. Der Haushalt sei strukturiert wie immer. Er danke, dass insbesondere bei der Filmförderung nicht gekürzt worden sei, sondern investiert werde, weil die Filmindustrie ein starkes Standbein für Berlin sei; es sei eine Investition in die Zukunft. Gleiches gelte für die Kinoförderung, VFX, den Lokaljournalismus. Gerade Lokaljournalismus sei auch Demokratieförderung. Wichtig sei, auch bei den Eurothemen nicht zu sparen. Seine Fraktion halte diesen Entwurf des Haushalts für den Einzelplan 03 für eine gute Grundlage.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) bemerkt, eine Strahlkraft der Europastrategie können Sie in diesem Haushalt nicht erkennen; der Ansatz bleibe gleich, auch wenn es durch die neue Europastrategie einen Aufwuchs geben müsse. Die Erarbeitung der Europastrategie habe schon unambitioniert stattgefunden, indem die für die Umsetzung der Europapolitik wesentlichen Bezirke nicht wirklich eingebunden worden seien. Die Europäische Akademie werde angesichts der großen Umbaumaßnahme nicht alle Räume vermieten können und Verluste erzielen; diesem Mehrbedarf werde nicht Rechnung getragen. Sie begrüße das Mahnmal für Polen im Tiergarten. Sei die Standortfrage für das Haus in der Koalition geklärt? Die Meta-

pher der Strahlkraft ärgere sie, weil die CDU eine Abschottungspolitik innerhalb Europas und Deutschlands durch das Schließen der Grenzen verantwortete. Deutschland solle offenbar strahlen, aber niemand solle kommen. Auch sie begrüße die Städtepartnerschaft mit Tel Aviv, befürchte aber, dass Israelis, sollten sie mal kommen, genauso schlecht behandelt würden wie Ukrainerinnen und Ukrainer.

Carsten Schatz (LINKE) verweist auf die Vereinbarung, eine Generalsausprache in der zweiten Lesung durchzuführen. Insofern verwundere, dass der Regierende Bürgermeister eine halbe Stunde lang den Einzelplan 03 vorgestellt habe und darüber hinaus eine Rederunde durchgeführt werde.

Vorsitzender Andreas Otto erwidert, am 25. Juni 2025 seien Regularien beschlossen worden, wonach auf eine Generalsausprache verzichtet werde. Im Rahmen dieser erhalte jede Fraktion ein Zeitkontingent. Ferner sei eine Stellungnahme der Senatskanzlei und Aussprache in Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters verabredet worden.

Christian Goiny (CDU) bemerkt, während der Ministerpräsident den Haushalt vorgestellt und politisch eingeordnet habe, habe die Opposition nur auf Unübersichtlichkeit und fehlende Punkte hingewiesen. Demgegenüber sei hervorgehoben worden, dass der Haushalt trotz schwieriger Lage alle wesentlichen Prioritäten fortsetze, darunter auch solche, die bereits unter früheren Senaten entwickelt worden seien. Besonders die Bereiche Medien, Kino- und Filmförderung seien als Erfolgsbeispiele genannt worden. Berlin bekenne sich klar zur Filmstadt Berlin; Berlin sei die Kinohauptstadt. Berlin habe neue Förderinstrumente eingeführt und damit die internationale Strahlkraft gestärkt. Auch die VFX-Förderung sei als zukunftsweisend bezeichnet worden. Berlin sei damit gut aufgestellt, die Entwicklung werde fortgesetzt. In dieser Wahlperiode sei die Kinokulturförderung neben der Förderung durch den Kinoprogrammpreis durch das Medienboard neu eingeführt worden. Insofern sei der Bereich der Medienpolitik eine Erfolgsstory, die künstlerisch, wirtschaftlich und für die Strahlkraft Berlins von Relevanz sei.

Er halte die anderen Schwerpunkte für sehr gut und sehr richtig, dass Berlin enge Beziehungen zu Brandenburg, zu europäischen Partnern wie Polen mit der Städtepartnerschaft Warschau sowie zu Krisenstaaten wie der Ukraine und Israel pflege. Die europapolitischen Aktivitäten Berlins würden in vielen Vernetzungen, Aktivitäten und Projekten gelebt und gestaltet. Im Rahmen der Ausschussreise nach London hätten der Vizebürgermeister sowie auch die deutsche Botschaft großes Interesse an einer Intensivierung der Zusammenarbeit signalisiert. Auch das Engagement in Windhuk sowie die Städtepartnerschaft mit Mexiko eröffneten neue Perspektiven, Berlin internationaler aufzustellen. Insgesamt biete der Haushaltsentwurf eine sehr gute Grundlage für die Arbeit der Senatskanzlei in den kommenden zwei Jahren.

Daniel Wesener (GRÜNE) erklärt, es sei eine Selbstverständlichkeit, dass die Exekutive ihre Beschlussvorlagen begründe und dass das Parlament Gelegenheit haben müsse, Fragen zu stellen und kritische Anmerkungen zu machen, auch wenn die eigentliche Generaldebatte erst in zweiter Lesung stattfinde. Transparenz sollte gemeinsames Anliegen sein; der Haushalt werde nicht einfach fortgeschrieben. Es gebe signifikante Änderungen, bestimmte Vergleichszahlen im Haushaltsplan aus den Jahren 2024 und 2025 würden nicht mehr als Referenz angegeben. Frühere Sammeltitel erschienen nun nur noch pauschal. Dies sei eine Einschränkung der Nachvollziehbarkeit.

Trotz Beteuerungen von Stabilität und Strahlkraft stünden insgesamt 20 Millionen Euro weniger zur Verfügung. Genannt worden sei ein Rückgang von 134 Mio. Euro im Jahr 2025 auf rund 116 Mio. im Jahr 2026. Es gebe jedoch zusätzliche Personalausgaben, während die Kennziffer 1 – Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und kulturelle Angelegenheiten – alles andere als strahlend sei. Dort reduziere sich der Ansatz um 20 Prozent gegenüber dem Ansatz 2025. Er konstatiere bei der Schwerpunktsetzung, dass es insgesamt weniger Geld gebe, besonders heftig aber in diesem Segment gespart werde. In den nächsten Wochen werde daher noch diskutiert werden, ob es sich um die richtige Schwerpunktsetzung handle, wo konsolidiert oder gekürzt werde. Zumindest sei eine gemeinsame Faktenbasis erforderlich.

Zweites Thema sei das Sondervermögen. Es gebe keine Möglichkeit der Nachfragen zu dem neuen Kapitel 2980 – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes –, da für den Einzelplan 03 keine direkten Mittel vorgesehen seien. Bestehe noch Hoffnung, dass der noch nicht vollständig belegte Berliner Anteil in Höhe von 5,2 Milliarden Euro auch für Kultur-, Film- und Medienprojekte vorgesehen werden könnten, etwa für ein Filmhaus? Er rege an, dass Senat und Ausschuss sich rechtzeitig um eine Beteiligung an diesen Mitteln bemühten, um Planungssicherheit zu schaffen und wichtige Projekte zu sichern.

Dr. Alexander King (fraktionslos) begrüßt die Pflege und Vertiefung der internationalen Städteverbindungen als Schwerpunkt, da dieser Bereich lange Zeit eine nur untergeordnete Rolle gespielt habe. Er bitte um Darstellung, wie sich diese Schwerpunktsetzung konkret im Haushalt abbilden lasse. Positiv hebe er die neue Städtepartnerschaft mit Tel Aviv hervor, wobei es verwundere, dass eine solche Partnerschaft der deutschen Hauptstadt erst so spät zustande gekommen sei. Allerdings sei Tel Aviv nicht nur eine pulsierende und demokratische Metropole, sondern Israel sei zugleich ein Land im Krieg, werde nicht nur von Krieg und Terrorismus bedroht, sondern führe selbst Krieg. Welche Rolle spielten die Interessen der Berliner Bevölkerung mit palästinensischen Wurzeln in dieser Städtepartnerschaft? Werde der Fokus auf die Vertiefung der bestehenden Städtepartnerschaften gelegt, oder werde auch an neue Städtepartnerschaften gedacht, beispielsweise mit Ramallah?

Andreas Otto (GRÜNE) äußert sich in seiner Funktion als Abgeordneter. Ihn interessierten die Schwerpunkte in der Zusammenarbeit mit Brandenburg bis zur Wahl in Berlin. Seien neue Staatsverträge, Verbesserungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaft, der Entwicklung des gemeinsamen Wohnungsmarktes geplant? Müsse nicht auch stärker für die gemeinsame Metropolregion Berlin-Brandenburg geworben werden? Mit dem Blick aus der Welt seien die Unterschiede marginal.

Regierender Bürgermeister Kai Wegner (RBm - Skzl) bemerkt einleitend, dass seine Redezeit keine 30 Minuten betragen habe. Grundsätzliche Fragen würden in den Einzelberatungen und anhand der Berichtsaufträge diskutiert. Im Senat sei beschlossen worden, dass die zentralen Drehgenehmigungen beim Medienboard gebündelt und vier Lotsenstellen eingerichtet würden, um Verfahren zu beschleunigen, Bürokratie abzubauen und Arbeitsplätze in der Filmbranche zu sichern. Erste Erfolge zeichneten sich bereits ab.

In Bezug auf die Europastrategie habe er hervorgehoben, dass es sich um die erste Strategie dieser Art für Berlin handle. Die Einbindung der Bezirke sei ausdrücklich gewollt, da diese mit eigenen Strukturen zur Europaarbeit beitragen. Auch wenn die Strategie nicht mit großen

finanziellen Mitteln unterlegt sei, sei ihr Ziel, Interessen zu bündeln und Politik für Berlin in Brüssel und anderswo gezielt zu gestalten. Diese Strategie sei ein laufender Prozess.

Der Standort des Polen-Denkmal sei im Koalitionsvertrag auf Bundesebene festgelegt. Berlin dränge auf dessen Umsetzung. Auch zum geplanten Deutsch-Polnischen Haus fänden Gespräche statt, die jedoch komplex seien. Das Land Berlin habe das Interesse, zu einem guten Standort und würdevollen Umgang mit den Opfern in Polen aus der Nazizeit zu kommen.

Die Strahlkraft Berlins zöge nach wie vor Menschen aus aller Welt an. Probleme wie Ausgrenzung, Hass oder Hetze bestünden zwar, dennoch sei Berlin eine wachsende und vielfältige Stadt. Diese Strahlkraft mache Berlin aus als Stadt der Vielfalt. Auf diese Strahlkraft müsse weiter gesetzt werden. Die von Abg. Wesener gestellte Detailfrage zur Kennziffer 1, Berichtsauftrag laufende Nummer 11, werde im Verlauf der Sitzung beraten. Es handle sich dabei um auslaufende Projekte. Im Übrigen verweise er auf den dritten Nachtragshaushalt deren Zahlen zur Grundlage genommen worden seien. Bezüglich des Sondervermögens gebe es noch Möglichkeiten, Schwerpunkte zu setzen. Im Senat sei in der letzte Woche die Investitionsplanung beschlossen worden. Über Einzelthemen werde die Koalition im Herbst beraten, die konkreten Beratungen zu den Projekten lägen beim Hauptausschuss. Zudem müssten noch Fragen mit dem Bund geklärt werden. In Bezug auf Israel habe er Gespräche mit dem Bürgermeister von Tel Aviv auch über die politische Lage geführt. Oberste Priorität habe die Befreiung der verbliebenen Geiseln in den Händen der Hamas. Er sei in Gedanken bei den Opfern des grausamen Terroranschlags, zugleich sei das Leid der Zivilbevölkerung in Gaza nicht zu übersehen. In Gedanken sei er genauso bei diesen Menschen und hoffe, dass der Krieg schnellstmöglich ein Ende finde. Für Berlin sei wichtig, das friedliche Zusammenleben zu sichern und Hass und Hetze sowie Antisemitismus ebenso wie Muslimfeindlichkeit entschieden entgegenzutreten. Deswegen habe er erst vor kurzem die deutsch-arabische Schule besucht, um hier einen deutlichen Punkt zu setzen, dass ihm das friedliche Zusammenleben der Stadt wichtig sei.

Bei den Städtepartnerschaften gehe es nun vor allem darum, bestehende Verbindungen zu pflegen und mit Leben zu füllen, insbesondere die neuen auch die, die in den vergangenen Jahren vielleicht nicht ganz so gepflegt worden seien. Ihm seien die neuen Städtepartnerschaften sehr wichtig, ebenso aber auch die mit Warschau und Istanbul. In Bezug auf Brandenburg sei die Kooperation mit der Landesregierung eng. Besondere Bedeutung habe eine noch stärkere gemeinsame Energie- und Wasserpolitik. Es gebe nicht nur eine gemeinsame Wirtschafts-, sondern auch eine gemeinsame Lebensregion; es gehe um das Leben der Menschen in der gemeinsamen Region. Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg solle weiter vorangebracht werden. Auch für Dietmar Woidke sei eine gemeinsame Infrastrukturpolitik wichtig, auch in die Wachstumsregion nach Brandenburg, die dafür Sorge, dass Pendel- und Individualverkehre weniger würden und Überlegungen, wie sich leistungsfähige Verkehrsachsen in die Wachstumsregion realisieren ließen. Großes Thema sei die Schiene, insbesondere die zweigleisige und digitalisierte Ostbahn als Verbindung nach Polen. Auch die gemeinsame Vermarktung der Region Berlin-Brandenburg sei von großem Interesse. Hier gebe es Austausch zwischen der Senatskanzlei und der Staatskanzlei in Brandenburg.

Vorsitzender Andreas Otto leitet über zur Beratung des Einzelplans anhand der Synopse.

Einzelplan 03 – Regierende Bürgermeisterin/ Regierender Bürgermeister einzelplanübergreifend

Berlin in der Welt, Städtepartnerschaften und andere Partnerschaften

Lfd. Nr. 1, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Bitte um Überblick über aktuelle Entwicklungen bei der Pflege der Berliner Städtepartnerschaften. Welchen Beitrag kann Berlin leisten, um im Zuge des deutsch-britischen Freundschaftsvertrags des Bundes die strategische Partnerschaft mit Großbritannien mit Leben zu füllen? Gibt es Vorbereitungen für einen Besuch des RBm in London als wichtiges europäisches Land außerhalb der EU?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 1, Berichtsauftrag Nr. 1, anzufordern.

Berlin in Europa, Berliner Europastrategie (mit Bitte um Listung/Zurückstellung der betreffenden HH-Titel)

Lfd. Nr. 2, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Welche Bilanz zieht die Senatskanzlei aus der Europawahl 2024? Welche Entwicklungen der letzten beiden Jahre sind bei der Umsetzung der Berliner Europastrategie als Meilensteine zu erachten? Mit welchen Maßnahmen verfolgt die Senatskanzlei die Stärkung des Berliner Büros in Brüssel? Gab es Gespräche mit der BIM über die Liegenschaft des Berliner Büros? Welchen Beitrag kann die Senatskanzlei leisten, um die thematischen Partnerschaften im Rahmen der EU-Städteagenda (siehe den Abghs.-Beschluss „Städteagenda der EU weiter ausbauen“, Drs. 18/2284 von 2019) wiederzubeleben?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 2, Berichtsauftrag Nr. 2, anzufordern.

Berlin im Bund und Bundesrat

Lfd. Nr. 3, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Bitte um Listung der Berliner Bundesratsinitiativen der Jahre 2024/25. Welche Schwerpunkte plant die Senatskanzlei bei der Vorbereitung des Vorsitzes der Ost-MPK ab Dezember 2025?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 3, Berichtsauftrag Nr. 3, anzufordern.

Rotes Rathaus: Veranstaltungen (mit Bitte um Listung/Zurückstellung der betreffenden HH-Titel)

Lfd. Nr. 4, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Bitte um Überblick über Gedenkveranstaltungen und Jahrestage der Jahre 2024/25, mit Kostenaufschlüsselung. Bitte um Überblick über die Empfänge und Feierlichkeiten im Roten Rathaus für die Jahre 2024/25, mit Kostenaufschlüsselung. Bitte um Überblick über internationale politische Besuche im Roten Rathaus in den Jahren 2024/25, mit Kostenaufschlüsselung.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 4, Berichtsauftrag Nr. 4, anzufordern.

Berlins Smart-City-Strategie (mit Bitte um Listung/Zurückstellung der betreffenden HH-Titel)

Lfd. Nr. 5, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Bitte um Darstellung der Arbeitsorganisation: Übersicht über Anzahl der Beschäftigungen, Anzahl der VzÄ, Listung der Entgeltgruppen, Einsatz der Personalmittel, Anbindung an die Senatskanzlei, Überblick über die Struktur des Projekts. In welchem Verhältnis stehen die Einheiten „Gemeinsam Digital: Berlin“, „Smart City Unit“ und „CityLAB Berlin“ zueinander? Bitte um Übersicht über alle Maßnahmen, Projekte, Umsetzungs- und Projektpartner, jeweils mit Kostenaufschlüsselung. Bitte um aktuellen Sachstand bei der Entwicklung eines öffentlichen Not-fall-WLANs. Gibt es Zusammenarbeit mit dem „Projekt Zuwendungen“ der SenASGIVA zur Vereinfachung der Zuwendungsverfahren? Gibt es Zusammenarbeit mit der SenKultGZ zur Entwicklung von „shared services“? Wird aktuell an der Umsetzung des Agh.-Beschlusses „Neuvergabe des Kultur-Ticketing“ (Drs. 18/2397) von 2020 gearbeitet, um eine öffentlich betriebene Ticketplattform für Kulturanbieter und ggf. auch andere Veranstaltungsanbieter zu entwickeln? Sind bei der Umsetzung der Smart-City-Strategie Plattformideen entstanden, die auf andere Einrichtungen, Initiativen und Projekte übertragen werden könnten?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 5, Berichtsauftrag Nr. 5, anzufordern.

Filmförderung als Bund-Länder-Thema (mit Bitte um Listung/Zurückstellung der betreffenden HH-Titel)

Lfd. Nr. 6, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Bitte um Überblick über den Berliner Produktionsmarkt aktuell. Wie schätzt der Senat die wirtschaftliche Entwicklung für den Produktionsmarkt in den kommenden beiden Jahren ein. Bitte um Sachstand zur Filmförderreform des Bundes. Welche Gesetzesvorhaben sind umgesetzt, welche stehen aus. Bitte unter Angabe des Zeitplans, soweit bekannt. Bitte um Schilderungen der Auswirkungen der Filmfördernovelle auf Berlin. Gibt es Berechnungen oder Schätzungen zu Einnahmeerwartungen bspw. in Hinsicht auf Investitionsverpflichtungen und zu Mindereinnahmen/Steuerausfällen bei Einsetzung des Steueranreizmodells in Berlin? In welcher Dimension haben Berliner Filmproduzentinnen und Filmproduzenten ihre Produktion in den letzten beiden Jahren ins Ausland verlagert? Wie war der Austausch der Senatskanzlei mit dem BKM im letzten Jahr und welche Beratungen sind für das kommende Jahr geplant? Welcher Art sind die Umstrukturierungen bei der Berlin-Brandenburgischen Filmförderung, dem Medienboard? Unter welchen Maßgaben wurde das Jurysystem eingesetzt? Wie viele Filmförderrunden sind für dieses und für das kommende Jahr geplant? Wird die Förderung des Good-Media-Network fortgesetzt? Welche Möglichkeiten bestehen, mehr Planungssicherheit für die Impact-Initiative über die Legislaturperiode hinaus zu ermöglichen? Welche Projekte waren im vergangenen Jahr in Förderung? Welcher Art ist die Förderung? Wie bewertet die Senatskanzlei die VFX-Förderung des Landes Berlin? Wie viele Projekte wurden in den vergangenen Jahren über das Medienboard gefördert? Wie hoch ist der Mehrbedarf? Ist eine überjährige Verwendung der HH-Mittel nach wie vor gesichert? Welche Möglichkeiten gibt es, um mehr Planungssicherheit in der Förderung zu ermöglichen? Wurden Modelle einer vierjährigen Förderung geprüft?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 6, Berichtsauftrag Nr. 6, anzufordern.

Filmfestivals in Berlin (mit Bitte um Listung/Zurückstellung der betreffenden HH-Titel)

Lfd. Nr. 7, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Welche Filmfestivals wurden seitens der Senatskanzlei bzw. seitens des Medienboards in den Jahren 2024/25 gefördert? (Bitte mit Kostenaufschlüsselung.) Wie ist die Filmfestivalförderung des Bundes aktuell ausgestattet? Welche der geförderten Berliner Kinos wurden als Festivalstandorte genutzt? Zur Dokumentale: In welcher Höhe wurde das Festival in 2024/25 gefördert? Wie hoch ist der gemeldete Gesamtbedarf 2026/27? Wie hoch sind die Mittel, die zur Förderung veranschlagt sind? Wird die Dokumentale als Projektförderung abgerechnet oder als institutionelle Förderung?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 7, Berichtsauftrag Nr. 7, anzufordern.

Unterstützung von Kinos/Kinoförderung (mit Bitte um Listung/Zurückstellung der betreffenden HH-Titel)

Lfd. Nr. 8, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Wie viele Kinos werden in Berlin betrieben? Wie viele Kinotickets wurden schätzungsweise im vergangenen Jahr verkauft? Wie viele Kinos wurden im letzten Jahr gefördert? (Bitte um Listung unter Angabe der Fördersumme.) Welcher Art war die Förderung? Gab es neben Investitionsfördermaßnahmen auch eine Förderung der Kinos als dritte Orte oder als Kultur- und Sozialorte? Gab/gibt es senatsseitig Unterstützung für das Colosseum? Bitte um Listung der Maßnahmen. Gab/gibt es senatsseitig Unterstützung für das Kino International? Welche Möglichkeiten sieht der Senat zur Förderung der Neben-/Kulturräume der letzten Ausbaustufe der Sanierung? Welchen Stellenwert haben Colosseum und Kino International für die Versorgung mit Kinoangeboten gesamtstädtisch und in den jeweiligen Stadtgebieten?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 8, Berichtsauftrag Nr. 8, anzufordern.

Lfd. Nr. 9, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um einen Bericht zu den Auswirkungen des Landesorganisationsgesetzes (LOG BE), hier zum Stand der Aufgabensortierung bzw. Aufgabenerhebung und -neuordnung der Politik- und Querschnittsfelder des Einzelplans:

1. Wie viele und welche Aufgaben wurde erhoben? (Bitte um Zuordnung zu den jeweiligen Politik- und Querschnittsfeldern)
2. Welche Handlungsfelder gibt es? (Bitte um Zuordnung zu den jeweiligen Politik- und Querschnittsfeldern)
3. Wie viele sog. Klärungsfälle sind noch offen? (Bitte um eine Übersicht der zugrunde liegenden Aufgaben)
4. Was sind die wichtigsten Aufgaben, die im Rahmen der potentialorientierten Aufgabekritik auf der Agenda stehen? (Bitte um eine jeweilige Begründung und Darstellung des Potential einer Neuordnung)

in Verbindung mit

Lfd. Nr. 10, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um einen Bericht zu den Auswirkungen des LOG BE, hier zur Konnexität bzw. Finanzierung der Aufgaben in der Zuständigkeit von Bezirken und Landesämtern für die Politik- und Querschnittsfelder des Einzelplanes:

1. Wie viele Aufgaben sind im jeweiligen Politikfeld aktuell den Bezirken oder einem Landesamt zugeordnet?
2. Für welche dieser Aufgaben ist der Senatskanzlei eine finanzielle Unterdeckung bekannt?

Daniel Wesener (GRÜNE) interessieren zum einen die Inhalte, Handlungsfelder, auch die sogenannten Klärungsfälle. Wann solle die Geschäftsprozessoptimierung inklusive der Zuordnung der Themen, Verteilung auf die Handlungsfelder fertig sein?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, dass die Federführung für diesen Bereich Frau Klement obliege. Aktuell gebe es verschiedene Staatssekretärsrunden. In einer gestrigen Senatspressekonferenz sei erklärt worden, dass von den 1 000 Klärungsfällen etwa 90 Prozent geklärt seien. Die genaue Zeitschiene werde in dem Bericht dargelegt. Er rege an, den laufenden Punkt 10 in die schriftliche Beantwortung aufzunehmen.

Der **Ausschuss** beschließt, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht zu den lfd. Nrn. 9 und 10, Berichtsauftrag Nr. 9, anzufordern.

Lfd. Nr. 11, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie erklärt sich der Senat, dass ein Großteil der Kürzungen in 2026/27 im Vergleich zum Plan-Ansatz 2025 auf die Funktion „Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten“ entfällt? (Vgl. auch die Funktionenübersicht auf S. 7)

Daniel Wesener (GRÜNE) holt aus, die Ausführungen des Regierenden Bürgermeisters würden nicht einfach hingenommen. Dieser habe ausgeführt, die Zahlen im Haushaltsplan seien nicht die maßgeblichen, da es einen dritten Nachtrag gegeben habe. Es werde jedoch davon ausgegangen, dass die im Entwurf enthaltenen Planansätze gültig seien. Dies habe den einfachen Grund, dass im dritten Nachtrag lediglich Verfügungsbeschränkungen und Sperren verhängt, jedoch keine Kürzungen vorgenommen worden seien. Deshalb sei das Argument, mit dem dritten Nachtrag sei schon reagiert worden, für ihn nicht maßgeblich. Er bleibe dabei, dass der vorgelegte Entwurf die nötige Transparenz vermissen lasse. Es zeige sich vielmehr, dass durch fehlende Transparenz im Nachtrag die ursprünglichen Ansätze fortbeständen. Es stelle sich die Frage, ob nicht über den gesamten Haushalt und insbesondere über die Auflösung der Sperren eine Abfrage erfolgen müsse. Entweder werde über das gesprochen, was im Planentwurf korrekt vorliege oder über Referenzzahlen, die aber nicht sichtbar seien. Ihn interessiere das aktuelle Ist, in welchen Fällen die Sperren umgesetzt würden. Es sei selbstverständlich, dass Sperren nicht automatisch voll umgesetzt würden, sondern auch von haushaltsinternen Entscheidungen abhängen. Für das Parlament sei aber entscheidend, auf welcher Grundlage diskutiert werde.

Der Vorschlag sei daher, sich am Haushaltsplanentwurf zu orientieren und nicht an möglichen Sperren, die Kürzungen bedeuten könnten, aber nicht müssten. Hätte die Regierung tatsächlich kürzen wollen, so hätte sie dies bereits im dritten Nachtrag tun müssen. Wenn eine andere Grundlage gewünscht werde, müsse es ergänzende Unterlagen mit den Zahlen geben, die sich aus dem 3. Nachtrag und dessen Umsetzung in den vergangenen ergäben.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) bemerkt, es sei eine Debatte aus der Aussprache mit dem Regierenden Bürgermeister aufgegriffen worden, der verdeutlicht habe, dass man bei der Diskussion über den Haushalt 2026/27 nicht anfangen könne, die mit dem 3. Nachtragshaushalt getroffenen Einsparungen negieren zu können. Es könne nicht so getan werden, als seien diese für 2025 beschlossenen Einsparungen nicht erfolgt. Schließlich habe das Abgeordnetenhaus diese Entscheidung mitgetragen. Mehr als zwei Milliarden Euro pauschale Minderausgaben seien darin verankert worden. Beim Einzelplan 03 seien keine Sperren angebracht worden; es seien Ansätze von Titeln abgesenkt worden. Ein Ist 2025 könne vor Ablauf des Jahres nicht vorgelegt werden. Daher sei es logisch, dass sich diese Entscheidungen auch in der weiteren Haushaltsaufstellung niederschlugen. Zum Berichtsauftrag 11 sei ausgeführt worden, dass es sich hier um ein anderes Thema handle. Die Funktionsgruppe 1, die Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und kulturelle Angelegenheiten betreffe, umfasse den Teilbereich 13, Hochschulen – Titel 68207 – Zuschuss an die Deutsche Film- und Fernsehakademie – sowie den Teilbereich 18 – Kultur und Religion –, hier Titel 68324 – Zuschüsse an die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH –. Beide Ansätze seien nicht reduziert, sondern sogar erhöht worden. Die angesprochenen Reduzierungen beträfen vielmehr die sonstigen Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Sammeltitel. Diese ergäben sich aus wegfallenden oder auslaufenden Projekten: etwa dem Zuschuss „Smart Cities“ eine auslaufende Vereinbarung im Bund, oder den Anschubfinanzierungen für das Computerspielmuseum und das „House of Games“. Da diese Projekte beendet oder nicht fortgesetzt würden, ergäben sich entsprechende Kürzungen. Der Kern des Etats, insbesondere DFFB und Medienboard, bleibe jedoch ungekürzt und werde teilweise sogar erhöht.

Daniel Wesener (GRÜNE) äußert, er danke für die Darstellung, wo die 10 Millionen Euro entfielen. Im Haushaltsplanentwurf falle auf, dass trotz insgesamt sinkenden Etats einzelne Posten anwüchsen, während in einem Segment deutliche Kürzungen um 20 Prozent vorgesehen seien. Auch das Auslaufen von Projekten bedeute faktisch Kürzungen, auch wenn man vom Erfolg mancher Vorhaben überzeugt gewesen sei, etwa beim Smart-Cities-Programm, für das eine Nachfolge überlegt werden könne. Die Aussage, es würden Titel abgesenkt, sei faktisch falsch. Haushaltsrechtlich stünden die ursprünglichen Ansätze weiter im Haushaltsplan, weil es sich beim 3. Nachtrag lediglich um Sperren gehandelt habe. Solche Sperren gebe es in jedem Haushalt, unabhängig von Nachträgen. Deshalb könne man nicht so tun, als seien die Ansätze dauerhaft reduziert. Die politisch entscheidende Frage sei vielmehr, was mit diesen Sperren tatsächlich geschehen sei. Teilweise seien sie in den Hauptausschuss verlagert worden, sodass der 3. Nachtrag gar nicht mehr einschlägig sei. Für die Beratungen über den neuen Etat sei entscheidend, dass die ursprünglichen Ansätze im Haushaltsplanentwurf die Referenz bildeten. Alles andere seien „nur“ Sperren, die haushaltsrechtlich nicht als Kürzungen zählten. Wenn jedoch über deren Umsetzung diskutiert werden solle, sei ein ergänzender Berichtsauftrag nötig, um darzustellen, wie mit den Sperren bis Anfang September umgegangen worden sei. Auf dieser Grundlage könne das Parlament dann auch politische Bewertungen vornehmen. Was jedoch nicht gehe, sei die Behauptung, die aktuellen Zahlen seien nicht die im Entwurf enthaltenen, sondern die des 3. Nachtrags mit seinen Sperren.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, es sei richtig, von Planansätzen zu sprechen. Es gebe jedoch durch Nachtragshaushalt korrigierte Ansätze. Mit den Sperren habe sichergestellt werden sollen, dass die erforderlichen Einsparungen tatsächlich am Jahresende erreicht würden. Darüber hinaus liege es in der Ressortverantwortung, Mittel innerhalb der Haushaltswirtschaft zu verlagern, solange es sich nicht um qualifizierte Sperren handle, die der Zustimmung des Parlaments bedürften. Es bestehe keinerlei Interesse daran, etwas zu verschleiern oder intransparent darzustellen; vielmehr sei im Etat klar dargelegt, wo die Sperren angesetzt worden seien und weshalb sich dadurch das Haushaltsvolumen reduziert habe. Im Laufe des 4. Quartals könne anhand der einsehbaren Ausgaben nachvollzogen werden, wie sich die Ist-Ausgaben der einzelnen Titel darstellten. Berichtspflichten würden erfüllt, jedoch sei kein haushaltsrechtlicher Dissens erkennbar. Es gebe vielmehr ein politisches Interesse: Die Opposition wolle für den Haushalt 2026/27 erneut den Vorwurf massiver Kürzungen erheben, obwohl diese Debatte mit dem beschlossenen Nachtragshaushalt bereits geführt worden sei. Insofern könne nicht von einem Transparenzmangel gesprochen werden; gleichwohl werde man alle gewünschten Informationen bereitstellen.

Daniel Wesener (GRÜNE) erwidert, der Staatssekretär argumentiere politisch, er selbst auf der Grundlage des Haushaltsplanentwurfs. Er bitte um einen Bericht über die Umsetzung der Sperren. Wie seien diese gegebenenfalls umgesetzt worden? Was sei de facto nicht zugewendet worden? Welche Veränderungen habe es gegebenenfalls gegeben?

Der **Ausschuss** beschließt, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 11, Berichtsauftrag Nr. 10, anzufordern.

Lfd. Nr. 12, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Ist die Zusammenarbeit Berlins mit dem Land Brandenburg im Senat „Chefsache“ und wie kommt das zum Ausdruck?
2. Welche Bilanz zieht der Regierende Bürgermeister in puncto Verbesserung der Zusammenarbeit mit Brandenburg während seiner bisherigen Amtszeit und welche Meilensteine sollen 2026/27 erreicht werden?
3. Was plant der Senat in den Jahren 2026/27 im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg an konkreten Projekten und in welchen Titeln sind die finanziell im Epl. 03 unterlegt?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 12, Berichtsauftrag Nr. 11, anzufordern.

Lfd. Nr. 13, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wird die in den Richtlinien der Regierungspolitik erwähnte „Metropolraumkonferenz“ Berlin-Brandenburg jemals stattfinden? Falls ja: Wann, mit welchem Konzept und wie ist diese Planung im Epl. 03 finanziell unterlegt? Falls nein: Warum nicht?

Andreas Otto (GRÜNE) fragt in seiner Funktion als Abgeordneter, wann die Metropolkonferenz stattfinden werde. Werde sie noch vor den Wahlen stattfinden?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, die Landesregierung Brandenburgs plane die Durchführung einer solchen Konferenz. Berlin unterstütze die Aktivitäten entsprechend. Brandenburg habe angekündigt, die Finanzierung der Konferenz zu übernehmen. Deswegen seien im Einzelplan keine Mittel veranschlagt worden.

Andreas Otto (GRÜNE) fragt nach in seiner Funktion als Abgeordneter, wann diese Konferenz stattfinden solle und welchen inhaltlichen Beitrag Berlin und des Regierenden Bürgermeisters dazu leisten werde.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) antwortet, Berlin sei in der Abstimmungsplanung mit Brandenburg. Nach seiner Erinnerung sei die Konferenz für Ende des Jahres geplant. Zum detaillierten Programm könne er zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellungen fest.

Lfd. Nr. 14, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Wie begleitet der Regierende Bürgermeister die Entwicklung der Achse Berlin-Lausitz?
2. Welchen sonstigen Achsenkonzepte verfolgt der Regierende Bürgermeister und wie sind die im Epl. 03 finanziell unterlegt?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 14, Berichtsauftrag Nr. 12, anzufordern.

Lfd. Nr. 15, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie arbeitet der Regierende Bürgermeister an der Umsetzung des Strategischen Gesamtrahmens Hauptstadtregion, und wie ist die im Epl. 03 finanziell unterlegt

Andreas Otto (GRÜNE) fragt in seiner Funktion als Abgeordneter, ob es eine Fortschreibung des Berichts zum Gesamtrahmen gebe.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, eine Berichtspflicht sei zum 8. Oktober 2025 vorgesehen. Die hier gestellten Fragen würden beantwortet. Er könne wegen der Komplexität

nicht zusagen, über einen neuen Gesamtrahmen zu berichten, weil dieses eine Abstimmung mit einzelnen Ressorts und dem Land Brandenburg erfordere.

Der **Ausschuss** beschließt, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 15, Berichtsauftrag Nr. 13, anzufordern.

Lfd. Nr. 16, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Welche Pläne verfolgt die Senatskanzlei betreffs einer Weiterentwicklung und Ausweitung vom Gender Budgeting?
2. Welche neuen und zusätzlichen Zielstellungen, Datenerhebungen oder sonstigen Maßnahmen sind geplant?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 16, Berichtsauftrag Nr. 14, anzufordern.

Umsetzung der Sperren aus dem 3. Nachtragshaushalt

(neu) Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Darstellung zum Umsetzungsstand vom 3. Nachtragshaushalt 2026/27: Inwieweit wurden die Sperren bzw. Verfügungsbeschränkungen im Haushaltsjahr 2025 bislang umgesetzt? Welche Absichten verfolgt die Senatskanzlei in diesem Zusammenhang bis zum Jahresende? (Bitte um separate Darstellung zu allen vom 3. Nachtrag betroffenen Titel)

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht, Berichtsauftrag Nr. 15, anzufordern.

Umsetzung Partizipationsgesetz

Lfd. Nr. 17, Fraktion Die Linke

1. Welche konkreten Maßnahmen hat die Senatskanzlei in 2024 und 2025 zur Umsetzung des Gesetzes zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft eingeleitet?
2. Welche konkreten Maßnahmen plant die Senatskanzlei in 2026 und 2027 zur Umsetzung des Gesetzes zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 17, Berichtsauftrag Nr. 16, anzufordern.

Oderpartnerschaft

Lfd. Nr. 18, Fraktion Die Linke

Die Mittel für die Oder-Partnerschaft verteilen sich über mehrere Titel.

1. Bitte schlüsseln sie alle Titel und die jeweilige Höhe der darin enthaltenen Mittel für die Oder-Partnerschaft auf und bilden Sie die Gesamtsumme ab.
2. Bitte geben Sie ebenfalls die Gesamtmittel im Rahmen der Oder-Partnerschaft an, die in den Jahren seit 2020 insgesamt pro Jahr veranschlagt wurden.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 18, Berichtsauftrag Nr. 17, anzufordern.

Frauen / Gleichstellung

Lfd. Nr. 19, Fraktion Die Linke

1. Welche Initiativen zur Förderung von Frauen/Gleichstellung verfolgt die Senatskanzlei?
2. Welche Programme in den öffentlichen Medieneinrichtungen und -unternehmen unterstützt die Senatskanzlei?
3. Inwiefern unterstützt die Senatskanzlei die Entwicklung von Programmen und Maßnahmen?
4. Mit welchen Initiativen besteht Austausch und Kooperation?
5. Welche Maßnahmen unternimmt die Senatskanzlei zur Förderung von Frauen im eigenen Haus? Bitte um Übersicht der Aufteilung von Männern und Frauen in den Führungsebenen der Verwaltung.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 19, Berichtsauftrag Nr. 18, anzufordern.

Leichte Sprache

Lfd. Nr. 20, Fraktion Die Linke

- a) Welche Publikationen und Veröffentlichungen wurden in 2024 und 2025 in leichter Sprache veröffentlicht?
- b) Welche Publikationen und Veröffentlichungen plant der Senat in 2026 und 2027 in leichter Sprache? Aus welchen Titeln werden diese Maßnahmen in welcher Höhe bestritten?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 20, Berichtsauftrag Nr. 19, anzufordern.

**Kapitel 0300 – Senatskanzlei –
titelübergreifend**

Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg, MABB

Lfd. Nr. 21, AfD-Fraktion

Bitte um Aufschlüsselung der Personalkosten, mit Entgeltgruppen

in Verbindung mit

Rundfunk Berlin-Brandenburg

Lfd. Nr. 22, AfD-Fraktion

Bitte um Aufschlüsselung der Personalkosten, mit Entgeltgruppen.

Was kostet jede Sendung pro Stunde und pro Sendung? Welchen prozentualen Anteil haben Personalkosten je Sendung und je Entgeltgruppe?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) weist darauf hin, dass ein solcher Bericht nicht würde geliefert werden können, weil sich die Kontroll- und Auskunftsrechte des Parlaments nicht auf staatsfern agierende Medienaufsicht erstrecke. Für die mabb sowie den rbb lägen keine Informationen über Personalkosten vor; sie seien auch nicht Gegenstand der Kontrolle des Abgeordnetenhauses. Für Personalkosten der mabb sei der vom Abgeordnetenhaus gewählte Medienrat zuständig. Beim rbb seien die Kontrollgremien, Rundfunkrat sowie Verwaltungsrat, zuständig.

Robert Eschricht (AfD) erklärt, die Berichtsaufträge Nr. 21 und Nr. 22 für seine Fraktion zurückzuziehen.

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –

Lfd. Nr. 23, Fraktion Die Linke

1. Bitte listen die Zuwendungen auf, aus denen sich die Rückflüsse in 2024 ergeben haben und geben Sie jeweils die zugehörige Summe der Rückflüsse an.
2. Welcher Art und wie hoch sind die Rückflüsse in 2025 bisher und mit welchen Rückflüssen wird bis Jahresende gerechnet.
3. Bitte geben Sie jeweils für 2024 und 2025 an, warum es hier zu den Rückflüssen kam.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 23, Berichtsauftrag Nr. 20, anzufordern.

Titel 11934 – Rückzahlungen überzahlter Beträge –

Lfd. Nr. 24, Fraktion Die Linke

1. Bitte listen die Arten der überbezahlten Beträge auf, aus denen sich die Rückflüsse in 2024 ergeben haben und geben Sie jeweils die zugehörige Summe der überbezahlten Beträge an.
2. Welcher Art und wie hoch sind die überbezahlten Beträge in 2025 bisher und mit welchen Rückflüssen wird bis Jahresende gerechnet?
3. Bitte geben Sie jeweils für 2024 und 2025 an, warum es hier zu den Rückflüssen kam.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 24, Berichtsauftrag Nr. 21, anzufordern.

Titel 11960 – Einnahmen aus dem Betrieb der Top Level-Domain "berlin" –

Lfd. Nr. 25a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Wie erklärt sich die deutlich niedrige Einnahmeerwartung in 2026/27 im Vergleich zum Ist 2024 und dem Plan-Ansatz 2025?
2. Wie ist das vorläufige Ist 2025?

Lfd. Nr. 25b, Fraktion Die Linke

1. Wie ist das aktuelle IST in diesem Titel in 2025? Mit welchen Einnahmen rechnet der Senat aktuell zum Jahresabschluss in diesem Titel?
2. Warum wird in 2026 und 2027 mit verminderten Einnahmen gegenüber dem Ansatz in 2025 gerechnet? Bitte nennen Sie die konkreten Mindereinnahmen und woraus sie resultieren.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 25 a und 25 b, Berichtsauftrag Nr. 22, anzufordern.

Titel 11979 – Verschiedene Einnahmen –

Lfd. Nr. 26, Fraktion Die Linke

Woraus resultieren diese verschiedenen Einnahmen und wie hoch ist das aktuelle IST?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 26, Berichtsauftrag Nr. 23, anzufordern.

Titel 12401 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume – Titel 12401 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume –

Lfd. Nr. 27, Fraktion Die Linke

1. Speist sich dieser Titel einzig aus Trauungen? Wenn nein, aus welchen weiteren Gründen wurden Grundstücke, Gebäude und Räume vermietet?
2. Wie viele Trauungen wurden in den Jahren 2014 bis 2024 jährlich im Berliner Rathaus durchgeführt?
3. Welche Kosten entstehen für die zu Trauenden, wenn sie eine Trauung im Berliner Rathaus durchführen? Gibt es Möglichkeiten für Berliner und Berlinerinnen, die sich eine solche Miete nicht leisten können, sich vergünstigt im Berliner Rathaus trauen zu können?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) berichtet, der Ansatz speise sich allein aus Trauungen; durch das Standesamt Mitte würden etwa 60 Trauungen jährlich durchgeführt. Aktuell belieben sich die Kosten für die Raumnutzung, am Roten Rathaus sei dies der Säulensaal, auf 120 Euro pro Trauung. Bislang habe es keine Anfrage von Brautpaaren nach Vergünstigung gegeben.

Carsten Schatz (LINKE) fragt nach, ob es die Möglichkeit eines Verzichts auf die Zahlung der Miete gebe, wenn es sozial nicht möglich sei.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) verweist auf das Verfahren nach der Landeshaushaltsordnung. In einem solchen Fall würde eine Einzelfallprüfung vorgenommen werden müssen. Auch andere Einrichtungen würde ein solches Verfahren betreffen, beispielsweise den Botanischen Garten.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

Titel 23190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke – Titel 54690 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen –

Lfd. Nr. 28, Fraktion Die Linke

1. Wie kommt das IST in 2024 zustande? Bitte listen Sie die Einnahmen auf und geben Sie an, woher die Einnahmen kommen und welchen Verwendungszweck sie haben und wofür sie jeweils ausgegeben wurden.
2. Warum wird in 2027 nur noch mit 145.000€ gerechnet? Läuft der Zuschuss des Bundes aus? Hat sich das Land Berlin beim Bund bemüht, die Förderung zu verlängern?
3. Welche Schlüsse zieht der Senat aus dem Projekt Smart City?

4. Warum werden die Einnahmen von 145.000€ nicht im Titel 54690 im Jahr 2027 als Ausgaben ausgewiesen? Sind sie nicht zweckgebunden?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 28, Berichtsauftrag Nr. 24, anzufordern.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Lfd. Nr. 29a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Bitte um eine Erläuterung der Hintergründe der Erhöhung der B2-Stellen von zwei auf sieben.
2. Welche Aufgaben und Zuständigkeiten werden die zukünftigen Stelleninhaber und Stelleninhaberinnen wahrnehmen?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) führt aus, mit der Erhöhung erfolge eine Angleichung der Führungsstruktur, wie sie in den Querschnittsressorts üblich sei. Es handelt sich dort um Referatsleitungen. Auch die Senatskanzlei müsse darauf achten, Führungskräfte zu halten und Perspektiven zu bieten; sie müsse sich dem Wettbewerb mit anderen Verwaltungsstellen. Die drei Planstellen A15, A13 und A13s seien neu nach dem Landesorganisationsgesetz, ab dem 1. Januar 2026 Einigungsstelle und Geschäftsstelle rbb. Dies ergebe sich aus den Gesetzen zur Verwaltungsreform.

Daniel Wesener (GRÜNE) bittet in diesem Fall um schriftliche Nachlieferung.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erwidert, es gehe nicht um neue B2-Stellen, sondern um Anhebungen von Referatsleiterstellen, die im Dienst des Landes Berlin stünden.

Lfd. Nr. 29b, Fraktion Die Linke

Ausgehend vom IST 2024 kommt es in den Jahren 2025, 2026 und 2027 zu einem deutlichen Anstieg der Bezüge für Beamte und Beamtinnen. Welche Stellen wurden hier mit welcher inhaltlichen Ausrichtung neu geschaffen bzw. welche Stellen wurden höher gruppiert?

Der **Ausschuss** beschließt, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 29a und 29b, Berichtsauftrag Nr. 25, anzufordern.

Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –

Lfd. Nr. 30, Fraktion Die Linke

Wofür wurden die freien Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen eingesetzt?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 30, Berichtsauftrag Nr. 26, anzufordern.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Lfd. Nr. 31, Fraktion Die Linke

Ausgehend vom IST 2024 kommt es in den Jahren 2025, 2026 und 2027 zu einem deutlichen Anstieg der Bezüge für planmäßig Angestellte. Welche Stellen wurden hier mit welcher inhaltlichen Ausrichtung neu geschaffen bzw. welche Stellen wurden höher gruppiert?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 31, Berichtsauftrag Nr. 27, anzufordern.

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen –

Lfd. Nr. 32a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Aus welchen Gründen soll der Titel und Ansatz entfallen?
2. Welches Signal geht davon an die Beschäftigten der Senatskanzlei aus?

Lfd. Nr. 32b, Fraktion Die Linke

Welche besonderen Leistungen wurden hier seit 2024 konkret und in welcher Höhe prämiert? Bitte schlüsseln Sie die Angabe nach Jahren und nach Beschäftigungsverhältnis (Beamte und Beamtinnen, Angestellte, Praktikanten und Praktikantinnen, studentische Beschäftigte usw.) auf.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) weist darauf hin, da während der Haushaltsplanaufstellung festgestellt worden sei, dass Ressorts unterschiedliche Ansätze gewählt hätten, habe der Senat bei der Beschlussfassung über den Entwurf vereinbart, eine einheitliche Vorgehensweise in den Ressorts aufgrund der Gleichbehandlung vorzusehen. Die Klärung im Senat erfolge aber noch während der laufenden Haushaltsberatung. Es könne erst berichtet werden, wenn es eine Gesamteinigung gebe.

Carsten Schatz (LINKE) wirft ein, ihn interessiere trotzdem die bisherige Prämienpraxis. In dem Bericht könne auf das noch ausstehende Gesamtkonzept verwiesen werden.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) trägt nach, ein Bericht zum Verfahren 2024 könne geliefert werden. In 2025 sei bereits Gegenstand des 3. Nachtragshaushalts gewesen, dass dieses Verfahren nicht durchgeführt werde.

Der **Ausschuss** beschließt, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 32a und 32b, Berichtsauftrag Nr. 28, anzufordern.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

Lfd. Nr. 33a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um eine Aufschlüsselung vom Ist 2024 und dem Plan-Ansatz 2025 für die drei genannten Ausgaben-Positionen.

Lfd. Nr. 33b, Fraktion Die Linke

1. Warum kommt es zu diesem massiven Anstieg von Ersatzbeschaffung von Büroausstattung?
2. Bei welchen Büros sieht der Senat einen Ersatzbedarf? Welcher Anteil dieser Mittel fällt auf den politische Leitungsebene (RB, StS, Büroleitungen)?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 33a und 33b, Berichtsauftrag Nr. 29 anzufordern.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

Lfd. Nr.34 , Fraktion Die Linke

1. Bitte um Bericht, warum es zu den Aufwüchsen in Nr. 1 und Nr. 2 kommt?
2. Warum braucht es eine eigene Software für das Regierungsprogramm? Wie setzen sich die Kosten zusammen?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 34, Berichtsauftrag Nr. 30, anzufordern.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements – Titel 51820 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management

Lfd. Nr. 35, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Bitte um eine Aufschlüsselung der Betriebs- und Nebenkosten sowie der Nettokaltmiete in 2024 (Ist) und 2025 (Vorauszahlung bzw. Plan) für die drei genutzten Objekte.
2. Welche Pläne bestehen hinsichtlich des Neubaus Schwiebusser Straße? Wie und durch wen soll der konkret genutzt werden? Wie viele Quadratmeter stehen der Senatskanzlei dort zukünftig zur Verfügung?
3. Wieso geht der Senat von einer „leichten Erhöhung“ der Kosten aus?
4. Wann ist mit einer Bekanntgabe der realen Kosten zu rechnen? Für den Fall, dass die höher liegen als aktuell veranschlagt: Wer trägt die Mehrkosten?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 35, Berichtsauftrag Nr. 31, anzufordern.

Titel 51803 – Mieten für Maschinen und Geräte –

Lfd. Nr. 36a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Wie erklärt sich die deutliche Kostensteigerung in 2026/27 im Vergleich zum Ist 2024 und Plan-Ansatz 2025?
2. Welche Multifunktionsgeräte sind hier konkret gemeint?

Lfd. Nr. 36b, Fraktion Die Linke

Das IST betrug hier 2024 rund 9.300 €. Warum kommt es hier zu einer Versiebenfachung im Ansatz? Welche Geräte sollen aus welchen Gründen zusätzlich zu den bereits gemieteten Geräten angemietet werden?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 36a und 36b, Berichtsauftrag Nr. 32, anzufordern.

Titel 51890 – Mieten und Pachten aus zweckgebundenen Einnahmen –

Lfd. Nr. 37, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Wieso fällt der Titel weg?
2. Aus welchen Mieten und Pachten speist sich das Ist 2024?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) legt dar, die Anmietung der Stellplätze sei zu Erhaltung und Sicherstellung des Notfall- und Katastrophenschutzmanagements erfolgt. Diese würden nicht mehr benötigt. Die angemieteten Plätze seien an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Senatskanzlei vermietet worden.

Der **Ausschuss** stellt Erlедigung der Fragestellungen fest.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Lfd. Nr. 38a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Welche „Neugestaltung der öffentliche Bereiche des Berliner Rathauses“ ist konkret geplant?
2. Worauf wurden die Ist-Ausgaben 2024 verwandt?
3. Wie stellt sich das vorläufige Ist 2025 dar?

Lfd. Nr. 38b, Fraktion Die Linke

1. Welcher Anteil der Mittel soll für die Neugestaltung der öffentlichen Bereiche des Berliner Rathauses aufgewendet werden?
2. Gibt es gesetzliche oder europarechtliche Vorgaben, die die Neugestaltung der öffentlichen Bereiche des Berliner Rathauses notwendig machen? Wenn ja, welche konkreten gesetzlichen oder europarechtlichen Vorgaben sind das?
3. Falls keine gesetzlichen oder europarechtlichen Vorgaben eine Neugestaltung notwendig machen, wird die Neugestaltung aus Gründen der Inklusion bspw. von Menschen mit Behinderung vor-genommen?
4. Welche weiteren Gründe liegen vor, die eine Neugestaltung des Berliner Rathauses in einer der größten Haushaltskrisen in der jüngeren Geschichte Berlins, notwendig machen?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 38a und 38b, Berichtsauftrag Nr. 33, anzufordern.

Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten –

Lfd. Nr. 39a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Bitte um Aufschlüsselung der Ist-Ausgaben 2024 nach den einzelnen Verfahren bzw. Gerichts-, Anwalts- und sonstigen Kosten.
2. Wie stellt sich das vorläufige Ist 2025 dar?

Bitte um Aufschlüsselung der Kosten nach den einzelnen Verfahren bzw. Gerichts-, Anwalts- und sonstigen Kosten.

Lfd. Nr. 39b, Fraktion Die Linke

1. Warum waren die Kosten 2024 deutlich höher als ursprünglich angesetzt?
2. Welche Verfahren wurden 2024 und 2025 betrieben und welchen Inhalt hatten sie?
3. Wie viele der in 2024 und 2025 abgeschlossenen Verfahren wurden gewonnen / verloren, endeten mit Vergleich oder wurden auf andere Art beendet?
4. Wie hoch ist das IST in 2025?
5. Wie hoch ist der Anteil der Gerichtskosten, Anwälte- und Anwältinnenkosten und sonstige Kosten wie bspw. Abfindungen, Entschädigungen etc.?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 39a und 39b, Berichtsauftrag Nr. 34, anzufordern.

Titel 52610 – Gutachten –

Lfd. Nr. 40a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Warum braucht die Verwaltung von Gutachten die Ausstattung von Verpflichtungsermächtigungen?

Lfd. Nr. 40b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Welche gutachterlichen Dienstleistungen sollen 2026/27 beauftragt bzw. verlängert werden?
2. Warum braucht es in diesem Fall eine Verpflichtungsermächtigung bis 2031?

Lfd. Nr. 40c, Fraktion Die Linke

1. Bitte geben Sie das IST zum jeweiligen Abschluss des Haushaltsjahres in den Jahren seit 2015 an.
2. Bitte führen Sie die Gutachtentätigkeiten in 2024 aufgeschlüsselt nach konkretem Thema, Höhe der jeweiligen Kosten und Namen des/der Gutachters/Gutachterin und der Kanzlei, sofern vorhanden, auf.
3. Bitte führen Sie die Gutachtentätigkeiten in 2025 aufgeschlüsselt nach konkretem Thema, Höhe der jeweiligen Kosten und Namen des/der Gutachters/Gutachterin und der Kanzlei, sofern vorhanden, auf.
4. Zeichnen sich bereits Themen für Gutachten in 2026 und 2027 ab? Welche sind das?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 40a, 40b und 40c, Berichtsauftrag Nr. 35, anzufordern.

Titel 52703 – Dienstreisen –

Lfd. Nr. 41, Fraktion Die Linke

Warum wird seit 2024 nicht mehr ausgewiesen, welchen Anteil jeweils, Männer, Frauen und diverse Personen bei den Dienstreisen hatten?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 41, Berichtsauftrag Nr. 36, anzufordern.

Titel 52906 – Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege –

Lfd. Nr. 42, Fraktion Die Linke

1. Was sind „Außergewöhnliche Repräsentationsverpflichtungen der Senatskanzlei“?
2. Bitte listen sie für 2024 und 2025 auf, welche Repräsentationen, Empfänge, Feierlichkeiten und Ähnliches hier ausgerichtet wurden und geben Sie die jeweiligen Kosten an. Geben Sie bitte jeweils an, welche externen Teilnehmer und Teilnehmerinnen hieran teilnahmen.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, es handle sich um Ausgaben aus dem Repräsentationsfonds des Regierenden Bürgermeisters und Themen, die sich meistens aus dem Tagesgeschäft und Themen zu politischen Gesprächen ergäben. Letztere wären so nicht möglich, wenn die Teilnehmer veröffentlicht würden. Es gehe dabei auch um Bewirtung von Gästen in repräsentativem Rahmen. Er bitte, den Berichtsauftrag mit seinen mündlichen Ausführungen zur Kenntnis zu nehmen.

Carsten Schatz (LINKE) teilt mit, den Berichtsauftrag aufrechtzuerhalten.

Stefan Häntsch (CDU) regt an, den Berichtsauftrag aufgrund der Ausführungen des Chefs der Senatskanzlei abzulehnen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Berichtsauftrag abzulehnen.

Daniel Wesener (GRÜNE) merkt an, dass mit der Ablehnung einer guten Tradition des Hauses gebrochen werde, Berichtsaufträge abzulehnen. Es sei gemeinsames Verständnis des Parlaments gewesen, dass allen Fraktionen zustehe, gegenüber der Exekutive Transparenz einzufordern, Verwaltungshandeln zu kontrollieren und dementsprechend derartige Fragen zu stellen.

Sven Meyer (SPD) legt dar, auch er halte die Tradition für wichtig; sie sei Grundlage für das demokratische Miteinander. Bei diesem Berichtsauftrag sei das Verständnis der Koalition vorhanden, dass nicht alle Personen aufgelistet werden könnten, weil es möglicherweise problematisch sei, zukünftig vertrauliche Gespräche führen zu können. Es gehe nicht um die grundsätzliche Ablehnung einer Auflistung größerer Empfänge.

Christian Goiny (CDU) schließt sich den Ausführungen an. Es sei im Übrigen nicht das erste Mal, dass im Rahmen von Haushalts Beratung Berichtsaufträge abgelehnt worden; dies sei auch in der Vergangenheit vorgekommen, auch als andere Mehrheiten gegeben habe; es sei aber absoluter Ausnahmefall. Es gebe keine Einwände, generell nachzufragen.

Carsten Schatz (LINKE) verweist auf die Fragestellung. Lediglich die Nachfrage nach externen Teilnehmerinnen und Teilnehmern könne möglicherweise auf Personenkreise heruntergebrochen werden. Hier werde Transparenz gefordert, die abgelehnt würde.

Vorsitzender Andreas Otto regt Streichung des letzten Satzes an: „Geben Sie bitte jeweils an, welche externen Teilnehmer und Teilnehmerinnen hieran teilnahmen.“

Christian Goiny (CDU) pflichtet bei und schließt sich dem Vorschlag an. Es sei unproblematisch, über Repräsentationen, Empfänge, Feierlichkeiten zu berichten. Diese seien auch teilweise dem Landespressedienst zu entnehmen.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, ohne den letzten Satz des ursprünglichen Berichtsauftrages berichten zu können. Er verweise darauf, dass Empfänger und Feierlichkeiten bei Titel 53103 – Empfänge, Feierlichkeiten – etatisiert würden. Dort würde all das aufgelistet, die Fraktion Die Linke wissen wolle.

Anne Helm (LINKE) erklärt Streichung des letzten Satzes des Berichtsauftrages.

Der **Ausschuss** beschließt, dem somit geänderten Berichtsauftrag zuzustimmen und einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 42, Berichtsauftrag Nr. 37, anzufordern.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Lfd. Nr. 43a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Bitte um Aufschlüsselung der Ist-Ausgaben 2024: Um welche „externe Kommunikation insbesondere zum Zweck des Imageaufbaus“ und um welche „interne Kommunikation“ handelt es sich?
2. Wie stellt sich das vorläufige Ist 2025 dar?

Lfd. Nr. 43b, Fraktion Die Linke

1. Für 2024 waren lediglich 1.000 € angesetzt. Tatsächlich ausgegeben wurden jedoch rund 616.000 €, also das 616-Fache des ursprünglichen Ansatzes.
 - a) Welche konkreten Maßnahmen wurden im Jahr 2024 jeweils mit welchen Mitteln finanziert?
 - b) Inwiefern waren diese 2023, mit Erstellung des Haushaltes nicht vorhersehbar?
 - c) Aus welchen Titeln wurden hier die zusätzlichen Mittel aufgebracht?
2. Welche konkreten Maßnahmen wurden mit welchen Mitteln in 2025 jeweils finanziert? Welche Maßnahmen sind noch in 2025 geplant?
3. Wie hoch ist das aktuelle IST in 2025?
4. Welche konkreten Maßnahmen sind 2026 und 2027 zu welchen Kosten geplant?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 43a und 43b, Berichtsauftrag Nr. 38 anzufordern.

Titel 53102 – Berlin-Informationen –

Lfd. Nr. 44, Fraktion Die Linke

Welcher haushälterischen Logik folgt die Umsiedlung des Teilansatzes „Digitale Medienauswertung“ von 51185 in diesen Titel? Welche haushaltsrechtlichen Veränderungen gehen damit einher?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 44, Berichtsauftrag Nr. 39, anzufordern.

Titel 53103 – Empfänge, Feierlichkeiten –

Lfd. Nr. 45, Fraktion Die Linke

1. Welche Veranstaltungen wurden und werden 2024 und 2025 mit welchen Mitteln durchgeführt?
2. Welche Veranstaltungen sind für 2026 und 2027 mit jeweils welchen Mitteln geplant?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 45, Berichtsauftrag Nr. 40 anzufordern.

Titel 53118 – Auswärtige Städteverbindungen –

Lfd. Nr. 46a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Bitte um eine Erläuterung der Gründe für die Verlagerung eines Großteils der Mittel in Titel 68569 (und eine entsprechende Korrektur der Erläuterung im Rahmen der Endredaktion des neuen Haushaltsplans).
2. Wieso sollen 8 T € in 2026 f. in dem Titel verbleiben?

Lfd. Nr. 46b, Fraktion Die Linke

1. Welche Maßnahmen wurden 2024 mit welchen Mitteln durchgeführt? 2. Wie groß waren die Mittel aus diesem Titel, die abseits von Städteverbindungen genutzt wurden? Bitte geben Sie die Verwendung an.
2. Welche Maßnahmen wurden und werden 2025 mit welchen Mitteln durchgeführt, welche Maßnahmen sind noch mit welchen Mitteln geplant? Wie hoch ist das aktuelle IST in 2025?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 46a und 46b, Berichtsauftrag Nr. 41 anzufordern.

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung) –

Lfd. Nr. 47a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Wie stellt sich das vorläufige Ist 2025 dar?
2. Um welche „Unterstützungsleistungen“ handelt es sich konkret?

Lfd. Nr. 47b, Fraktion Die Linke

1. Welche Maßnahmen wurden hier mit welchen Mitteln 2024 und 2025 durchgeführt? Wie hoch ist das aktuelle IST in 2025?
2. Welche Maßnahmen sind 2026 und 2027 mit welchen Mitteln geplant?
3. Warum sind die angesetzten Mittel 2025 im Vergleich zu 2026 und 2027 so hoch? Welche Maßnahmen fallen in 2026 und 2027 weg?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 47a und 47b, Berichtsauftrag Nr. 42, anzufordern.

Titel 54003 – Geschäftsprozessoptimierung –
(nur mündliche Frage)

Carsten Schatz (LINKE) fragt nach der Geschäftsprozessoptimierung, die in 2024 nicht stattgefunden habe, wohl aber in 2025 und auch auf kleinem Niveau weitergeführt werden solle. Welche Geschäftsprozesse seien optimiert worden? Welche seien 2026 und 2027 geplant?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, sei handle sich um einen **Mindestansatz als Platzhalter**, der veranschlagt worden sei. Wenn etwas optimiert werden müsse, müsse im Rahmen der laufenden Haushaltswirtschaft eine Finanzierung aus anderen Ansätzen erfolgen.

Der **Ausschuss** erklärt die Fragestellung für erledigt.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Lfd. Nr. 48a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um eine Aufschlüsselung vom Ist 2024 und dem Plan-Ansatz 2025 für die fünf genannten Ausgaben-Positionen.

Lfd. Nr. 48b, Fraktion Die Linke

1. Welche Maßnahmen wurden in welcher Höhe in 2024 und 2025 bei der Digitalstrategie Gemeinsam Digital: Berlin finanziert?

2. Warum werden in 2026 und 2027 hier geringere Mittel angesetzt? Welche Maßnahmen fallen dadurch weg?
3. Wie bewertet der Senat die Inklusion von Menschen mit Behinderung, hier gehörlosen Menschen und Menschen, die auf leichte Sprache angewiesen sind? Braucht es im Jahr 2026 und 2027 keine Vermittlung von Inhalten in leichter Sprache oder Gebärdensprache auf Berlin.de?
4. Welche Ergebnisse brachte der Forschungsvertrag aus dem DHH 2024/2025 zur wissenschaftlichen Begleitung und Evaluierung der Metropolis-Arbeit bzw. wann werden diese Ergebnisse veröffentlicht?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 48a und 48b, Berichtsauftrag Nr. 43, anzufordern.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Lfd. Nr. 49a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Bitte um eine Aufschlüsselung vom Ist 2024 und dem Plan-Ansatz 2025 für die sieben genannten Ausgaben-Positionen.
2. Wie verteilt sich die deutliche Kürzung des Gesamtansatzes in 2026/27 im Vergleich zum Planansatz 2025 auf die verschiedenen Teilansätze?
3. Zum Teilansatz 5: Welche inhaltlichen Schwerpunkte plant der Regierende Bürgermeister für den Berliner Vorsitz der Ost-MPK und wie ist der Vorbereitungsstand?

Lfd. Nr. 49b, Fraktion Die Linke

1. Wie hoch waren die Mittel, die 2024 jeweils für die einzelnen Teilansätze aufgewendet wurden? Bitte begründen Sie, warum für die jeweiligen Teilansätze weniger bzw. mehr aufgewendet werden musste?
2. Warum sind die Mittel für die Ost-MPK 2026 so viel höher angesetzt als 2024? Welche zusätzlichen Maßnahmen müssen 2026 aus dem Teilansatz 5 finanziert werden?
3. Wurden die Mittel für die Oderpartnerschaft (TA 11, DHH 2024/2025) ersatzlos gestrichen? Welche Maßnahmen fallen dadurch 2026 und 2027 weg?
4. Welche Maßnahmen können durch den verminderten Teilansatz Nr. 7 im Vergleich zum DHH 2024/2025 nicht mehr durchgeführt werden?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 49a und 49b, Berichtsauftrag Nr. 44, anzufordern.

Titel 54077 – Steuern, Abgaben –

Lfd. Nr. 50, Fraktion Die Linke

Im Jahr 2024 gab es anscheinend eine Steuerrückerstattung in Höhe von 696€. Auch in den Vorjahren waren die Ausgaben hier in der Regel dreistellig. Warum werden im Jahr 2027 dann 111.000€ veranschlagt?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) legt dar, bei der Erstattung vom Finanzamt handle es sich um Guthaben aus der unterjährigen Umsatzsteuervormeldung in Verbindung mit einer zu leistenden Sondervorauszahlung für eingekaufte Liefer- und Dienstleistungen von ausländischen Leistungserbringern. Die Höhe der Jahreswerte schwanke und ergebe sich aus der laufenden Haushaltswirtschaft. Ab 2027 entstünden nach mehrmaliger Verschiebung die Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand durch § 2b des Umsatzsteuergesetzes zusätzliche Steuerpflichten und damit verbundene Zahlungen an das Finanzamt. Davon betroffen seien überwiegend Einnahmen, aber auch sonstige Vorgänge, die mit dem wirtschaftlichen Leistungsaustausch und weiteren Ausgaben mit Auslandsbezug zusammenhingen.

Der **Ausschuss** stellt Erlедigung der Fragestellung fest.

Titel 54104 – Betreuung von Verfolgten des NS-Regimes bei Berlin-Besuchen –

Lfd. Nr. 51, Fraktion Die Linke

Für 2024 betrug der Ansatz 160.000 €. Ausgegeben wurden nur rund 66.000 €. Warum ist es dem Senat nicht gelungen, hier die Mittel für die wertvolle und notwendige Bildungsarbeit von Verfolgten und Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen auch umzusetzen?

Wie hoch ist das aktuelle IST in 2025?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 51, Berichtsauftrag Nr. 45, anzufordern.

Titel 54611 – Kommunikation Hauptstadtmarke –

Lfd. Nr. 52a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Bitte um Übersicht über durchgeführte Maßnahmen 2024/2025 und über die Maßnahmenplanung 2026/27.

Lfd. Nr. 52b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Welche(r) Dienstleister sind aktuell mit dem Stadtmarketing beauftragt? Welche Laufzeit haben die entsprechenden Verträge?
2. Warum braucht es in diesem Fall eine Verpflichtungsermächtigung bis 2031?

Lfd. Nr. 52c, Fraktion Die Linke

1. Welche konkreten Maßnahmen wurden aus diesem Titel jeweils in 2024 und 2025 in welcher Höhe bestritten?
2. Welche Maßnahmen sind hier konkret in 2026 und 2027 geplant?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 52a, 52b und 52c, Berichtsauftrag Nr. 46, anzufordern.

Titel 68123 – Ehrungen, Preise –

Lfd. Nr. 53, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Hintergründe hat die Neuaufnahme vom Teilansatz 3 (Ernst-Lubitsch-Preis)?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erläutert, das Engagement auch aus dem parlamentarischen Raum, trotz schwieriger Haushaltslage, den Preis zu unterstützen, habe zu diesem Ansatz geführt. Der Ernst-Lubitsch-Preis werde seinerzeit 1958 jährlich vergeben und würdige die beste komödiantische Leistung in einem deutschsprachigen Kinofilm. Er werde vom Club der Film Journalisten ausgelobt und ehre das Erbe des großen jüdischen Regisseurs Ernst Lubitsch, der stilprägend für subtilen intelligenten Humor im deutschen internationalen Kino gewesen sei. Im Jahr 2024 sei ein Sonderpreis für Menschlichkeit für den produzierten Dokumentarfilm „Miss Holocaust Survivor“ verliehen worden, als berührende Geste nach dem Überfall der Terrororganisation Hamas am 7. Oktober 2024.

Daniel Wesener (GRÜNE) bemerkt, dass es den Preis schon länger gebe. Bislang seit er seiner Kenntnis nach von einem Verein finanziert worden. Welche Hintergründe gebe es, dass eine Preisverleihung zukünftig gefördert werden solle.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, die Fragen schriftlich zu beantworten.

Der **Ausschuss** beschließt, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 53, Berichtsauftrag Nr. 47, anzufordern.

Titel 68207 – Zuschuss an die Deutsche Film- und Fernsehakademie –

Lfd. Nr. 54a, Fraktion der CDU und
Fraktion der SPD

Bitte um Erläuterungen zum Umzug der Dffb und zum Betrieb am neuen Standort (mit Kosten- und Zeitplan). Bitte um Überblick über die Akademieentwicklungsplanung.

Lfd. Nr. 54b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Bitte um eine Aufschlüsselung der Mehrkosten.

2. Wie setzt sich die Verpflichtungsermächtigung ab 2027 zusammen?
3. Wie hoch sind die Studienkosten pro Student*in im Semester bzw. Jahr sowie im Durchschnitt pro absolviertem Studium?
4. Bitte um eine rasche Zulieferung des Wirtschaftsplans.

Lfd. Nr. 54c, Fraktion Die Linke

Wird der Umzug der DFFB in die BERLIN DECKS bis Ende 2025 durchgeführt sein? Falls nicht: Wann wird der Umzug stattfinden? Welche Mehrkosten sind mit dem verlängerten Betrieb in Adlershof verbunden (Miete, Betriebskosten, Instandhaltung, Technik, Ausstattung, Dienstleistungen etc.)? Wann wurden die maßgeblichen Miet-, Betriebs-, Instandhaltungs- und Ausstattungsverträge für den Standort „Berlin Decks“ abgeschlossen? Wie verteilen sich die Verpflichtungen ab 2027 auf einzelne Verträge? (Bitte wie oben aufgliedern!) Welche Änderungen oder Nachträge wurden nach der ursprünglichen Planung vorgenommen, und wie stark haben diese die Verpflichtungssummen erhöht? Wie stellt die Senatskanzlei sicher, dass die DFFB ihre Aufgabe trotz steigender Miet-, Personal- und Technikkosten erfüllen kann? Sind mit dem verspäteten Umzug qualitative Einschränkungen im Lehrbetrieb, bei der technischen Ausstattung oder in der Betreuung der Studierenden verbunden? Welche Kosten sind für Tarifanpassungen der tariflich Beschäftigten entstanden?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) regt an, zum Themenkomplex der DFFB den Sachstand insgesamt darzulegen; es seien viele Fragen gestellt worden.

Daniel Wesener (GRÜNE) fragt nach, ob das Thema Tempelhof noch aktuell sei.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, es gebe einen noch von der Vorgängerregierung geschlossenen Anmietungsvertrag. Das Parlament habe seinerzeit über die Frage Tempelhof diskutiert. Dort bestünden viele Sanierungsbedarf. Es gebe zurzeit keinen konkreten Festlegungen.

Der **Ausschuss** beschließt, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 54a, 54b und 54c, Berichtsauftrag Nr. 48, anzufordern.

Titel 68230 – Zuschuss CityLAB –

Lfd. Nr. 55a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie begründet der Senat die Kürzung der Ansätze in 2026/27 um ca. 15 Prozent im Vergleich zum Plan-Ansatz 2025 und welche Auswirkungen hat die auf die weitere Arbeit vom CityLAB?

Lfd. Nr. 55b, Fraktion Die Linke

Welche Maßnahmen fallen beim CityLAB 2026 und 2027 weg, weil der Ansatz 2026 und 2027 um 500.000€ verringert wurde?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 55a und 55b, Berichtsauftrag Nr. 49, anzufordern.

Titel 68324 – Zuschüsse an die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH –

Lfd. Nr. 56a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Welche Fördermaßnahmen in welcher Höhe sind für 2026 und 2027 geplant und sind diese in den jeweiligen Ansätzen vollständig gedeckt?
2. Wie viel Geld von den 1,3 Mio. € für Berliner Filmfestivals entfällt auf das Jüdische Filmfestival und die Dokumentale? Wie erfolgt die Ausschreibung und Vergabe der Restmittel?
3. In der Titel-Erläuterung im Haushaltsgesetz 2024/25 sind 2,3 Mio. € für Preisverleihungen ausgewiesen, davon 1,5 Mio. € auf den Kinoprogrammpreis. In 2026/27 sollen nur noch bis zu 1 Mio. € auf den Kinoprogrammpreis entfallen. Welche sonstigen Preisverleihungen wurden bzw. werden 2024/25 gefördert und welche Mittel stehen zukünftig für diese oder andere Preise zur Verfügung?
4. Bitte um eine rasche Zulieferung des Wirtschaftsplans.

Lfd. Nr. 56b, Fraktion Die Linke

Nach welchen Kriterien soll über die Freigabe der gesperrten Verpflichtungsermächtigungen entschieden werden? Wie stellt der Senat sicher, dass trotz Sperre der Verpflichtungsermächtigung im 1. und 2. Planjahr Planungssicherheit für die Medien- und Filmwirtschaft gewährleistet ist? Wie hoch war der Anteil der Förderzusagen für Dokumentarfilm, Kinderfilm, künstlerischem Film, Kurzfilm, Animationsfilm und weiteren 2022 bis 2025? Bitte nach Sparten getrennt auflisten. Welche Filmfestivals wurden 2024 und im ersten Halbjahr 2025 mit welchen Summen gefördert?

Lfd. Nr. 56c, AfD-Fraktion

Welche Vorgaben gibt es zur Transparenz der Mittelvergabe durch die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit? Wie kontrolliert der Senat die ordnungsgemäße Mittelverwendung der Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH? Welche konkreten Einzelprojekte (mit Bezeichnung, Empfänger, Fördersumme und Jahr) wurden im Rahmen der Filmförderung durch die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH in den Jahren 2022 bis 2025 in Berlin gefördert?

1. Welche konkreten Filmfestivals in Berlin wurden in den Jahren 2021 bis 2025 mit welchen Summen durch die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH gefördert?
2. Welche Fördersummen haben das „Human Rights Film Festival“ und vergleichbare Formate erhalten?

Wie hoch ist der Anteil von Fördermitteln in den Bereichen Antirassismus, Gender, Migration, Klimaschutz? Bitte mit Summen angeben.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) legt dar, die Verpflichtungsermächtigungen ergäben sich aus der überjährigen Förderpraxis. Diese würden immer bei Förderzusagen aufgestellt, die aber nicht im laufenden Jahr abfließen. Die Förderungen oblägen nicht dem Prinzip der Jährlichkeit.

Sven Meyer (SPD) bittet um Erläuterungen, welche vergleichbaren Formate zum „Human Rights Film Festival“ unter dem Berichtsauftrag der AfD-Fraktion – c) 2. – abgefragt werden sollten. Was sei darunter zu verstehen?

Robert Eschricht (AfD) bittet um schriftliche Beantwortung der Fragen. Er bitte Zustimmung zur Frage unter Begrenzung der Frage auf: Welche Fördersumme hat das „Human Rights Film Festival“ erhalten?

Carsten Schatz (LINKE) wirft ein, er hätte eher gefragt, ob als vergleichbares Format beispielsweise der Teddy Award gemeint sei.

Vorsitzender Andreas Otto hält fest, dass sich die AfD einverstanden erklärt habe, die Frage 2 zu derart zu präzisieren, dass sie sich ausschließlich auf die Fördersumme des „Human Rights Film Festival“ beziehe.

Der **Ausschuss** beschließt, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 56a, 56b und 56c, Berichtsauftrag Nr. 50 mit geänderter Fragestellung unter Punkt 2 des Berichtsantrags der AfD anzufordern.

Titel 68535 – Zuschüsse im Rahmen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit –

Lfd. Nr. 57a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Aus welchem Grund wurden die Mittel des Europäischen Akademie Berlin e.V. gesenkt? Welchen Einfluss wird der geringere Betrag auf die Arbeit des Europäischen Akademie Berlin e.V. haben? Bitte um Überblick über die Veranstaltungen der EAB in den Jahren 2024/25. Bitte um Erläuterungen zur Entwicklungsplanung für die Jahre 2026/27.

Lfd. Nr. 57b, Fraktion Die Linke

1. Wie bewertet der Senat die Arbeit der EAB für Berlin?
2. Welchen Bedarf hat die EAB ursprünglich beim Senat angemeldet?
3. Wie soll die EAB bei den Sach- und Baukostenerhöhungen sowie Tarifierpassungen die ihr zugedachten Aufgaben erfüllen, wenn der Zuschuss abgesenkt wird?

4. Bitte schlüsseln Sie auf, aus welchen anderen Mitteln sich die EAB voraussichtlich in 2026 und 2027 finanziert?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 57a und 57b, Berichtsauftrag Nr. 51, anzufordern.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Lfd. Nr. 58a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Zu TA 3) Zuschuss an Villa Aurora und Thomas Mann House. Bitte um Erläuterung zu den (Residenz-)Stipendien. Wie viele Künstlerinnen und Künstler aus Berlin waren in den Jahren 2024/25 an den Standorten untergebracht.

Zu TA 5) Wofür sind die Mehrausgaben im Bereich der Städteverbindungen geplant?

Zu TA 7) Zur Entwicklung der Drehgenehmigungen. Bitte um Erläuterung zum Beratungsaufwand. Wie viele Anfragen gehen jährlich ungefähr ein?

Zu TA 11) Zu „Tu was für Europa e.V.“ Welcher Mittelbedarf wurde gemeldet?

Zu TA 13) Zu Lokaljournalismus. Bitte um Überblick über die Bedarfsentwicklung seit Einführung des Programms.

TA 16) Zu Berlinale. Bitte um aktuellen Sachstand. Welche Gesamtbedarfe haben die Berliner Festspiele gemeldet. Welche Bedarfsmeldung ist hinsichtlich des Berliner Anteils eingegangen? Wie hoch ist der Hauptanteil, den das BKM übernimmt? Welche Veranstaltungsorte sind bislang für die Berlinale 2026 in Prüfung/Planung?

Lfd. Nr. 58b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Bitte um Aufschlüsselung vom Ist 2024 und Plan-Ansatz 2025 für sämtliche Teilansätze.

2. Wie verteilt sich die deutliche Kürzung des Gesamtansatzes in 2026/27 im Vergleich zum Planansatz 2025 auf die verschiedenen Teilansätze?

3. Bitte um Erläuterung der Teilansätze 2, 5, 8, 9, 10 und 13.

Lfd. Nr. 58c, Fraktion Die Linke

Für welche Teilansätze sind Verpflichtungsermächtigungen eingeplant? Welche Auswirkungen haben die Sperren der Verpflichtungsermächtigung in beiden Planjahren auf die Planungssicherheit und Umsetzung der betroffenen Teilansätze? Nach welchen Kriterien soll über die Freigabe der gesperrten Verpflichtungsermächtigungen entschieden werden?

Nr. 2:

Wonach berechnet sich der Anteil Berlins an der Digitalisierung des Filmerbes? Wird der Anteil Berlins seiner Bedeutung als Filmmetropole gerecht? Wird der Anteil Berlins nach dem Ausstieg mehrerer Bundesländer aus der Finanzierung ausreichen? Sind in dem Anteil Berlins Kostensteigerungen bei der Digitalisierung berücksichtigt?

Nr. 5 (Zuschüsse für auswärtige Städteverbindungen)

1. Wie bewertet der Senat die Auswärtigen Städteverbindungen?
2. Welcher Haushaltslogik folgt die Verschiebung der Mittel aus einem eigenständigen Titel (53118) in einen Sammeltitel, wo nicht einmal mehr ein eigenständiger Teilansatz für die auswärtigen Städteverbindungen besteht? Welche haushaltsrechtlichen Veränderungen gehen mit der Verschiebung einher?
3. Wie viele Städteverbindungen hat Berlin aktuell? Welche Mittel wurden 2024 und 2025 für welche Städteverbindung ausgegeben?
4. Inwiefern die Aufnahme weiterer Städteverbindungen in 2026 und 2027 geplant?
5. Welche Mittel standen gemittelt pro aktiver Städteverbindung nach den Ansätzen 2024 und 2025 zur Verfügung? Welche Mittel stehen gemittelt pro aktiver Städteverbindung in 2026 und 2027 zur Verfügung?
6. Wer soll die geplanten Zuwendungen in 2026 und 2027 bekommen?
7. Mit welchen Partnern und Partnerinnen soll hier kooperiert werden?

Nr. 9 (Umsetzung Gemeinsam Digital: Berlin)

1. Welche Maßnahmen wurden hier 2024 und 2025 bestritten?
2. Welche Maßnahmen sind hier in 2026 und 2027 geplant?
3. Mittel in welcher Höhe wurden in 2024 und 2025 aus dieser Nummer entnommen, die nicht der Umsetzung Gemeinsam Digital: Berlin dienten?
4. Warum erfolgt hier eine Verringerung des Ansatzes? Welche Maßnahmen können damit nicht weiter geführt werden?

Nr. 10

Welche Zielsetzungen verfolgt der Senat mit der Kinoförderung? Weshalb wurden die ursprünglich für 2025 vorgesehenen 5 Mio. Euro im Nachtragshaushalt 2024/25

auf 1,5 Mio. Euro reduziert und diese reduzierte Förderung 2026 und 2027 versteigt? Wie kann die filmpolitische Zielsetzung der Kinoförderung trotz der Absenkung um 3,5 Mio. Euro jährlich erreicht werden? Welche Maßnahmen plant der Senat, um negative Auswirkungen auf Programmviefalt, kulturelle Teilhabe und die Sicherung der Kino-landschaft zu verhindern?

Nr. 11 („Tu was für Europa e. V.“)

1. Seit wann besteht der Verein?
2. Seit wann ist der Verein in Berlin aktiv?
3. Welche Maßnahmen hat der Verein bisher in Berlin und Brandenburg für ein Publikum der Metropolregion durchgeführt?
4. Welche Maßnahmen, Projekte etc. zu europapolitischen Fragen

Für welche Teilansätze sind Verpflichtungsermächtigungen

eingepplant? Welche Auswirkungen haben die Sperren der

Verpflichtungsermächtigung in beiden Planjahren auf die

Planungssicherheit und Umsetzung der betroffenen Teilansätze? Nach welchen Kriterien soll über die Freigabe der gesperrten

Verpflichtungsermächtigungen entschieden werden?

Nr. 2:

Wonach berechnet sich der Anteil Berlins an der Digitalisierung des Filmerbes? Wird der Anteil Berlins seiner Bedeutung als Filmmetropole gerecht? Wird der Anteil Berlins nach dem Ausstieg mehrerer Bundesländer aus der Finanzierung ausreichen? Sind in dem Anteil Berlins Kostensteigerungen bei der Digitalisierung berücksichtigt?

Nr. 5 (Zuschüsse für auswärtige Städteverbindungen)

1. Wie bewertet der Senat die Auswärtigen Städteverbindungen?
2. Welcher Haushaltslogik folgt die Verschiebung der Mittel aus einem eigenständigen Titel (53118) in einen Sammeltitel, wo nicht einmal mehr ein eigenständiger Teilansatz für die auswärtigen Städteverbindungen besteht? Welche haushaltsrechtlichen Veränderungen gehen mit der Verschiebung einher?

3. Wie viele Städteverbindungen hat Berlin aktuell? Welche Mittel wurden 2024 und 2025 für welche Städteverbindung ausgegeben?
4. Inwiefern die Aufnahme weiterer Städteverbindungen in 2026 und 2027 geplant?
5. Welche Mittel standen gemittelt pro aktiver Städteverbindung nach den Ansätzen 2024 und 2025 zur Verfügung? Welche Mittel stehen gemittelt pro aktiver Städteverbindung in 2026 und 2027 zur Verfügung?
6. Wer soll die geplanten Zuwendungen in 2026 und 2027 bekommen?
7. Mit welchen Partner*innen soll hier kooperiert werden?

Nr. 9 (Umsetzung Gemeinsam Digital: Berlin)

1. Welche Maßnahmen wurden hier 2024 und 2025 bestritten?
2. Welche Maßnahmen sind hier in 2026 und 2027 geplant?
3. Mittel in welcher Höhe wurden in 2024 und 2025 aus dieser Nummer entnommen, die nicht der Umsetzung Gemeinsam Digital: Berlin dienten?
4. Warum erfolgt hier eine Verringerung des Ansatzes? Welche Maßnahmen können damit nicht weiter geführt werden?

Nr. 10

Welche Zielsetzungen verfolgt der Senat mit der Kinoförderung? Weshalb wurden die ursprünglich für 2025 vorgesehenen 5 Mio. Euro im Nachtragshaushalt 2024/25 auf 1,5 Mio. Euro reduziert und diese reduzierte Förderung 2026 und 2027 verstetigt? Wie kann die filmpolitische Zielsetzung der Kinoförderung trotz der Absenkung um 3,5 Mio. Euro jährlich erreicht werden? Welche Maßnahmen plant der Senat, um negative Auswirkungen auf Programmvielfalt, kulturelle Teilhabe und die Sicherung der Kinolandschaft zu verhindern?

Nr. 11 („Tu was für Europa e. V.“)

1. Seit wann besteht der Verein?
2. Seit wann ist der Verein in Berlin aktiv?
3. Welche Maßnahmen hat der Verein bisher in Berlin und Brandenburg für ein Publikum der Metropolregion durchgeführt?

4. Welche Maßnahmen, Projekte etc. zu europapolitischen Fragen soll der Verein in 2026 und 2027 durchführen?

5. Welche Maßnahmen sollen mit den zur Verfügung gestellten Mitteln durchgeführt werden?

6. Welches Gesamtbudget hat der Verein in 2024, 2025 gehabt und mit welchem Budget plant der Verein in 2026 und 2027?

Nr. 13:

Welchen konkreten Berliner lokaljournalistischen Projekte sind seit 2024 gefördert worden? Welchen konkreten Nutzen hat der Medienstandort Berlin?

Nr. 13 (alter DHH 2024/2025 - Prüfung von Planungs- und Genehmigungsverfahren)

1. Was hat die Prüfung der Planungs- und Genehmigungsverfahren erbracht? Wie können sie zukünftig besser ausgestaltet werden?

2. Welche Mittel wurden in 2024 und 2025 hierfür ausgegeben?

Nr. 16:

Welche Gründe gibt es für die finanzielle Beteiligung des Landes Berlin, die erstmals 2024 im Landeshaushalt enthalten war, an der vom Bund veranstalteten Berlinale? Welche Vereinbarungen bestehen mit dem Bund hinsichtlich einer langfristigen Kostenaufteilung?

Lfd. Nr. 58d, AfD-Fraktion

Der Europatag wird seit 1986 begangen, und der Verein „Tu was für Europa e.V.“ wurde 2019 gegründet. Aus welchem Grund bekommt der Verein 2026 und 2027 erstmalig je 100.000 €, um den Europatag am 9. Mai öffentlichkeitswirksam zu begleiten?

Carsten Schatz (LINKE) ergänzt zum Teilansatz 5 – Auswärtige Städteverbindungen –, dass der Titel, den die Senatskanzlei bislang selbst bewirtschaftet habe, in einen Zuschusstitel umgewandelt werde. Wer solle diese Zuschüsse erhalten? Mit welchen Partnerinnen und Partnern werde zukünftig kooperiert?

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet um einen schriftlichen Bericht zum Berichtsauftrag seiner Fraktion.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, der Titel sei neu aufgenommen worden, weil der heutigen Zeit Europa nicht genug gewürdigt werden können. Einen letzten Haushaltsberatungen habe genau dieser Verein gefördert werden sollen, allerdings habe das Abgeordnetenhaus keine verbindliche Erläuterung mit dem Namen des Vereins festgeschrieben. Zeitablauf einer Umsetzung hätten sich zu überschneiden, dass eine Darstellung nicht möglich gewesen sei. Um dem Wunsch des Abgeordnetenhauses vom letzten Haushalt Rechnung zu tragen, sei die Förderung des Vereins „Tu was für Europa e.V.“ aufgenommen worden.

Sven Meyer (SPD) erklärt für die SPD-Fraktion, dass die Fragestellung zum Teilansatz 11 mit der Beantwortung zurückgezogen werden könne.

Dr. Hugh Bronson (AfD) interessiert, ob der Betrag von 100 000 Euro Projekt gebunden sei?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, dass es sich um eine projektbezogene Förderung handle.

Daniel Wesener (GRÜNE) bezieht seine Frage auf den Teilansatz 5. Es fehle eine Erläuterung. Ihn interessiere das Thema Finanzierung in einem anderen Kontext. Es sind leider schlechte Praxis geworden, das unter anderem diese Städtepartnerschaften oder die in diesem Zusammenhang entstehenden Bedarfe maßgeblich aus Lottomitteln finanziert würden. Berlin sei seit Jahren nicht in der Lage, den Bereich der Städtepartnerschaftspflege auskömmlich im Kernhaushalt auszustatten. Laufe dies weiter so? Sollte dies nicht so weit wie möglich im regulären Haushalt ausfinanziert werden?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) weist darauf, dass auch die Nachfrage von Abg. Schatz schriftlich beantwortet würde, auch die Erläuterung zum Teil Ansatz 5. Bezüglich der Lottomittel sei er als Verwaltungsratsvorsitzender zurückhaltend und neben anderen Gesichtspunkten die Wirtschaftlichkeit der Stiftung im Blick haben müsse.

Der **Ausschuss** beschließt, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 58a, 58b, 58c, Berichtsauftrag Nr. 52, anzufordern. Der Berichtsauftrag Nr. 58d der AfD wird nach Aussprache für erledigt erklärt.

Titel 68590 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen –

Lfd. Nr. 59, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Bitte um eine vorläufige Bilanz des Projekts Smart City mit Blick auf dessen Beendigung in 2026.
2. Wie wirkt sich die Beendigung des Projekts in Berlin aus?

Welche Maßnahmen können dadurch nicht fortgesetzt werden? Was unternimmt der Senat, um die Ergebnisse des Projekts zu sichern?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 59, Berichtsauftrag Nr. 53 anzufordern.

Titel 97114 – Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG –

Lfd. Nr. 60a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Um welche Zielvereinbarung handelt es sich hier?
2. Wie wirkt sich die deutliche Kürzung des Gesamtansatzes in 2026/27 im Vergleich zum Planansatz 2025 aus?

Lfd. Nr. 60b, Fraktion Die Linke

1. Bitte schlüsseln Sie unter Angabe von Titeln und Höhe der Mittel auf, wie der Senat derzeit plant, die pauschalen Mehrausgaben aufzulösen?
2. Bis wann ist aktuell geplant, die Mehrausgaben aufzulösen?
3. Wer entscheidet letztlich über die Verwendung der Mittel?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 60a und 60b, Berichtsauftrag Nr. 54, anzufordern.

005558 (Gruppe/operatives Ziel) Koordinierung Verwaltungssteuerung und Infrastruktur

Lfd. Nr. 61, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Die Senatskanzlei steuert laut Produktblatt Wohnungsbau und Infrastruktur (Ministerielles Geschäftsfeld, S. 46). Was wird hier genau durch wen und wie gesteuert und welchen Anteil hat die Senatskanzlei an Erfolgen und Misserfolgen im Wohnungsbau in Berlin?
2. Wie erfolgt die Verzahnung der Steuerung des Wohnungsbaus seitens der Senatskanzlei mit der Landesregierung von Brandenburg im Rahmen des gemeinsamen Wohnungsmarktes?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 61, Berichtsauftrag Nr. 55, anzufordern.

Kapitel 0309 – Senatskanzlei – Personalüberhang –

Keine Wortmeldungen und keine Berichtsaufträge.

Kapitel 0350 – Senatskanzlei – Europa – übergreifend

Lfd. Nr. 62, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Im Stellenplan sind für Kapitel 0350 13 Stellen ausgewiesen. Sind hier die Beschäftigten im Berliner Büro in Brüssel bereits inkludiert?
2. Sind diese Stellen ausreichend, um die europapolitischen Ziele der Regierung umzusetzen?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 62, Berichtsauftrag Nr. 56, anzufordern.

übergreifend

Lfd. Nr. 63, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Wie verhält sich die Senatskanzlei zu den Handlungsempfehlung der Fachgruppe EU-Fördermittel gemäß der Roten Nummer 0898 E?
2. Bitte um einen Bericht zur „Schaffung eines dreijährigen Pilotprojekts „Funding Officer Brussels“ im Büro des Landes Berlin bei der EU“: Wie steht die Senatskanzlei zu dieser Handlungsempfehlung und ist diese im Stellenplan abgebildet? Falls nein: Wieso wird keine neue Stelle geschaffen?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 63, Berichtsauftrag Nr. 57, anzufordern.

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –

Lfd. Nr. 64, AfD-Fraktion

Um was für Rückzahlungen von wem handelt es sich genau? Welche Summe an Rückzahlungen werden für die Jahre 2026 und 2027 erwartet?

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) erläutert, die Aufstellung beinhalte den Ist-Betrag des Haushaltsjahres 2024. Bei diesen Rückzahlungen handle es sich überwiegend um Erstattungen aus Projektförderung der Vorjahre, die sich aus den Prüfungen Abrechnungen im Folgejahr oder später ergeben. Die Rückzahlungen erfolgten in der Regel nicht im Bewilligungsjahr. Für die Jahre 2026 und 2027 wurden keine konkreten Erstattungsbeträge erwartet. Weil diese dennoch vorkommen könnten, werde dieser sogenannte Platzhalter angesetzt.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –

Lfd. Nr. 65, AfD-Fraktion

Für wie viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen fallen diese Aufwendungen an?

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) trägt vor, dass keine Aufwendungen anfielen und deswegen in den Haushaltsjahren 2026 und 2027 jeweils ein Merkansatz in Höhe von 1 000 Euro veranschlagt werde.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten –

Lfd. Nr. 66, AfD-Fraktion

Wie ist die deutliche Erhöhung der geplanten Ausgaben für Entgelte dieser Gruppe von 10 Mitarbeitern von 2026 bis 2027 zu erklären?

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) erklärt, die Ansätze für die Haushaltsjahre 2026 sowie 2027 seien entsprechend der Tarifversorgung in Höhe von drei Prozent fortgeschrieben worden. Nach dem Haushaltsjahr 2026 werde zusätzlich eine Beschäftigungsposition der Entgeltgruppe E14 befristet bis zum 31. Dezember 2027 für die Schaffung einer zentralen Koordinierungsstelle EU-Fördermittelmanagement.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –

Lfd. Nr.67 , AfD-Fraktion

In welchen Bereichen und welchem Rahmen finden die Fortbildungen statt? Für wie viele Dienstkräfte ist eine Fortbildung beabsichtigt?

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) erklärt, grundsätzlich würden die kostenfreien Seminarangebote der VAK genutzt. Sofern es sich um einen speziellen Schulungsbedarf handle, der nicht über die VAK abgedeckt werden könne, würden in Ausnahmefällen kostenpflichtige Fortbildungen gebucht. Aktuell seien jedoch keine Bedarfe für 2026 und 2027 bekannt.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellungen fest.

Titel 53102 – Berlin-Informationen –

Titel 53103 – Empfänge, Feierlichkeiten –

Titel 53108 – Betreuung von Besucherinnen und Besuchern –

Lfd. Nr. 68, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Die Zuwendungen für das Berliner Büro in Brüssel sind über einige Titel verteilt: Bitte um eine gesammelte Auflistung der konsumtiven Ausgaben, die das Büro insgesamt hat.

2. Welche konkreten Maßnahmen und Veranstaltungen sind geplant, um Berlins Belange in Brüssel und die Verbindung zur Europäischen Union zu stärken?

Carsten Schatz (LINKE) bittet um eine Auflistung der stattgefundenen Veranstaltungen in Berlin und Brüssel in 2024 und 2025. Welche seien für die Jahre 2026 und 2027 geplant?

Der **Ausschuss** beschließt, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 68, Berichtsauftrag Nr. 58, anzufordern.

Titel 53102 – Berlin-Informationen –

Lfd. Nr. 69a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Veranstaltungen kann das Berliner Büro von den Zuwendungen in diesem Titel veranstalten?

Lfd. Nr. 69b, AfD-Fraktion

Welche Veranstaltungen umfasst das Angebot, für das diese Mittel verwendet werden?

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) führt aus, es handele sich bei dem Ansatz nicht um Zuwendungen an Dritte. Mit den Mitteln aus diesem Titel finanziere das Berliner Büro in Brüssel insbesondere Kulturveranstaltungen mit Akteurinnen und Akteuren aus Berlin, etwa Musikern, Lesungen, Dichtern, Berliner Autorinnen und Autoren. Damit könne Berlin in dem Büro in Brüssel auch ein Angebot unterbreiten. Die Pläne für 2026 und 27 stünden noch nicht fest. Es würden dann jeweils die entsprechenden Künstlerinnen und Künstler angefragt und dann die Veranstaltungen organisiert und durchgeführt.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellungen fest.

Titel 53103 – Empfänge, Feierlichkeiten –

Lfd. Nr. 70a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Wie kommt das große Delta zwischen dem Ist 2024 und den Ansätzen in 2025, 2026 und 2027 zu Stande? Wer kommt für den Mehrbedarf auf?

2. Bitte um die Darlegung der inhaltlichen Schwerpunkte der Oder-Partnerschaft

Lfd. Nr. 70b, Fraktion Die Linke

Bitte listen Sie die Veranstaltungen auf, die 2024 und 2025 jeweils in Berlin, Brüssel und anderswo stattgefunden haben. Welche Veranstaltungen sind 2026 und 2027 in Brüssel, Berlin und anderswo geplant? Bitte schlüsseln Sie die Antwort beider Fragen nach den jeweiligen Städten auf.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 70, Berichtsauftrag Nr. 59, anzufordern.

Titel 53108 – Betreuung von Besucherinnen und Besuchern –

Lfd. Nr. 71, AfD-Fraktion

Was umfasst die Betreuung von Besuchern? Für wie viele Besucher fallen jährlich solche Ausgaben an?

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) erklärt, auch dieser Titel diene, Gästegruppen, die sich für Vorträge und Gespräche zu europäischen Themen an die Senatskanzlei wendeten und im Rathaus empfangen würden, im Rahmen der Repräsentationspflichten zu bewirten. Hierbei handelt es sich in der Regel um Getränkekosten. Zum jetzigen Zeitpunkt gebe es keine Informationen über die in 2026 und 2027 erwarteten Besuchergruppen, da sich in der Regel um relativ kurzfristige proaktive Anfragen handle.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellungen fest.

Titel 53131 – Europapolitische Kommunikationsarbeit –

Lfd. Nr. 72a, Fraktion der CDU und
Fraktion der SPD

Bitte um Übersicht über die durchgeführten Einzelmaßnahmen 2024/25 sowie über die Einzelmaßnahmenplanung 2026/27.

Lfd. Nr. 72b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Wie soll ohne einen Aufwuchs im Vergleich zum Ist 2024 die zusätzliche Aufgabe der Umsetzung der Europastrategie bewerkstelligt werden?
2. Welche konkreten Maßnahmen antizipiert die Senatskanzlei unter der „Umsetzung der Berliner Europastrategie“?
3. Bitte um eine Aufschlüsselung der konkreten Maßnahmen und Veranstaltungen, die unter den jeweiligen Strategischen Zielen der Berliner Europastrategie geplant sind.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 72a und 72b, Berichtsauftrag Nr. 60, anzufordern.

Titel 68535 – Zuschüsse im Rahmen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit –

Lfd. Nr. 73a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Wie wird das Kulturprogramm im Kulturzug Berlin-Breslau im Jahr 2026 finanziert? (explizite Nennung für 2027). Werden hiermit auch weitere Kulturprogramme auf Zugstrecken finanziert, die der deutsch-polnischen Zusammenarbeit und Freundschaft dienen? (z.B. Berlin-Warschau). Bitte um Übersicht über alle aus dem Titel geförderten Projektträger. Was ist das Berliner Europe Direct Zentrum 2026-30?

Bitte um Erläuterungen zur Europa-Union Berlin. Wie hoch ist die Bedarfsmeldung? Wie hoch ist der geplante Zuschuss? Wird die Förderung als institutionelle Förderung abgerechnet oder als Projektförderung?

Lfd. Nr. 73b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Bitte um eine Aufschlüsselung der Zuwendungsempfänger und Zuwendungsempfängerinnen und der Höhe der Zuwendungen.

2. Welche Aufgaben/Maßnahmen sollen mit den zugewiesenen 5 T € pro Bezirk umgesetzt werden? Ist diese Zuwendung auskömmlich für die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit in den Bezirken?

Lfd. Nr. 73c, Fraktion Die Linke

1. Wie verteilen sich die Mittel aus dem Titel auf die einzelnen Projekte und Maßnahmen jeweils in den Jahren 2026 und 2027, die in diesem Titel erwähnt werden?

2. Wie bewertet der Senat das Angebot des Kulturzuges?

a) Welche konkreten Schritte und Maßnahmen wurden und werden in 2024, 2025 unternommen, um die Ausweitung des Angebots des Kulturzuges zu ermöglichen?

b) Welche Pläne verfolgt der Senat, um das Angebot des Kulturzuges langfristig, also über das Jahr 2027 hinaus zu sichern?

3. Wie bewertet der Senat lokale Kleinprojekte zur Stärkung des Europagedankens? Ab wann werden Initiativen etc. Mittel aus den Bezirk-Europafonds beantragen können? Was wird der Höchstbetrag sein, der beantragt werden kann? Welcher Personenkreis wird die Mittel beantragen können? Wie wurden diese Mittel in 2024 und bisher in 2025 genutzt?

4. Wie bewertet der Senat die Arbeit des Europa-HUB? Warum wurde das Projekt nicht verlängert?

Lfd. Nr. 73d, AfD-Fraktion

Welche der sechs aufgeführten Organisationen bekommen welche Zuschüsse? Wie teilt sich die Summe der Zuschüsse auf?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen gemeinsamen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 73a, 73b, 73c und 73d, Berichtsauftrag Nr. 61, anzufordern.

Titel 68579 – Mitgliedsbeiträge –

Lfd. Nr. 74, AfD-Fraktion

Welche Funktionen und Leistungen erbringt die Mitgliedschaft bei EUROCITIES für Berlin?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 74, Berichtsauftrag Nr. 62, anzufordern.

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschussfest, die Einzelberatung anhand der Synopse für die erste Lesung sei beendet. Zu den Berichtsanträgen, zu denen keine mündliche Beantwortung durch den Senat erfolgt sei, seien schriftliche Berichte beschlossen worden. In der zweiten Lesung würden auch Titel aufgerufen werden können, die nicht von den anzufertigenden Berichten und Änderungsanträgen erfasst würden. Titel, die von den Berichten und von den möglicherweise eingehenden Änderungsanträge erfasst seien, würden automatisch in der zweiten Lesung aufgerufen und gölten als zurückgestellt.

Carsten Schatz (LINKE) beantragt Zurückstellung aller Titel des Einzelplans.

Daniel Wesener (GRÜNE) interessiert, wann der Wirtschaftsplan der DFFB vorgelegt werden könne? Er sei Bestandteil des Haushaltsgesetzes.

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) antwortet, dass der Wirtschaftsplan zum jetzigen Zeitpunkt nicht beschlossen sei. Insofern könne er keine Information dazu mitteilen. Sobald er Informationen habe, werde er diese proaktiv zukommen lassen.

Der **Ausschuss** beschließt, Einzelplan 03 bis zur zweiten Lesung zurückzustellen. Es wird ferner beschlossen, Punkt 4 der Tagesordnung bis zur zweiten Lesung am Mittwoch, den 8. Oktober 2025 zu vertagen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Dr. Alexander King (fraktionslos) stellt die vorab schriftlich eingereichte Frage:

"Wie reagieren die Senatskanzlei Berlin und die Staatskanzlei Potsdam auf den Urteilsspruch aus Karlsruhe in Bezug auf die Verfassungsbeschwerde von Intendantin Demmer gegen den novellierten rbb-Staatsvertrag, etwa mit Blick auf die Versetzung des ehemaligen Chefredakteurs Biesinger auf den Posten eines kommissarischen Leiters der Abteilung Programmressourcen ohne Ausschreibung im Zuge der Gelbhaar-Affäre, wogegen die Rechtsaufsicht bereits im April interveniert hatte?"

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) führt aus, der Senat begrüße die Entscheidung, weil sie dem rbb die notwendige Rechtssicherheit gebe. Es werde davon ausgegangen, dass der rbb die Rechtssicherheit zum Anlass nehme, die beschlossenen Reformen vollständig und zügig umzusetzen. Er gehe davon aus, dass sich der rbb und seine Aufsichtsgremien mit den Einzelfallangelegenheiten befassen und gegebenenfalls auch Konsequenzen ziehen würden.

Dr. Alexander King (fraktionslos) fügt an, die Rechtsaufsicht habe bereits im April interveniert. Ein Streitpunkt seien auch die Regionalstudios und Regionalbüros. Gebe es Möglichkeit der Politik zu beobachten, ob auch dieser Vorgabe aus dem Staatsvertrag nachgekommen werde?

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) merkt an, dass dieses Thema vor allem der Brandenburger Seite wichtig gewesen sei, die regionale Vielfalt im rbb abzubilden. Er sei über die Einzelheiten bezüglich der Planung, der Organisations- und Managementaufgaben nicht informiert. Er gehe aber davon aus, dass zumindest die Kolleginnen und Kollegen aus Brandenburg darauf achteten, dass dies so umgesetzt werde, wie es seinerzeit von der Politik intendiert gewesen sei.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 1 der Tagesordnung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatskanzlei, einschließlich aktueller Fragen auf Bundesrats- und Länderebene

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) verweist auf die Sommerpause sowohl in der Berliner Landespolitik, als auch im Bundestag sowie Bundesrat. Die nächste Sitzung des Bundesrates werde erst in zwei Wochen stattfinden, weshalb die Tagesordnung noch nicht vollständig vorliege. Am 11. Juli 2025, der letzten Sitzung vor der Sommerpause, habe der Bundeskanzler seine Antrittsrede gehalten. Der Bundesrat habe seinerzeit dem steuerlichen Investitions-Sofortprogramm sowie der Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigte zugestimmt. Außerdem habe es erste Beratungen zum Bundeshaushalt 2025 und zum Gesetz über die Verteilung des Sondervermögens auf die Länder gegeben. Eine Berliner Initiative beinhalte eine Änderung des Grundgesetzes, der Aufnahme des Tatbestandsmerkmals der sexuellen Identität in Artikel 3. Dieser Gesetzesantrag werde voraussichtlich auch in der nächsten Sitzung am 26. September 2025 zum Abschluss kommen. Er sei optimistisch, im Bundesrat die notwendige Mehrheit zu erhalten, um diesen in den Bundestag einzubringen. Für die Einbringung einer Grundgesetzänderung sei im ersten Durchgang eine einfache Mehrheit erforderlich, während eine Zweidrittelmehrheit erst im zweiten Durchgang nötig

wäre. Neben Berlin hätten sich auch Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern dem Antrag angeschlossen. Für die nächste Bundesratssitzung sei eine sehr umfangreiche Tagesordnung angekündigt worden. Neben dem Bundeshaushalt 2026 sollten auch das Regionalisierungsgesetz, die Rentenreform, Länderinitiativen und EU-Vorlagen – darunter der mehrjährige Finanzrahmen für 2028 – beraten werden. Zudem seien mögliche Rückläufe aus dem Bundestag zu erwarten. Abschließend sei noch auf die MPK-Jahreskonferenz in Chemnitz verwiesen, an der der Chef der Senatskanzlei teilnehme. Die nächste MPK solle erst im Oktober stattfinden, bei der dann erneut ein Ausblick gegeben werde.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 2 der Tagesordnung ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Aktuelle Fragen auf Europaebene, insbesondere EU-Angelegenheiten von Berliner Relevanz

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) verweist auf den bereits überwiesenen Bericht aus Brüssel mit sehr ausführlichen Erläuterungen zu den Vorschlägen im Bereich der Haushaltspolitik vor der Sommerpause und den Auswirkungen für Berlin. Der Senat werde die Entwicklung sehr aufmerksam und kritisch verfolgen; es seien wichtige Weichenstellungen.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 3 der Tagesordnung ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.